

RESCRIPTEN.

SAMMLUNGEN

über

das K. bairische Straf-Gesetzbuch

den 13^{ten} Jänner anfangend bis incl. 13^{ten} July 1817,

von No^{re} 157 bis 172. 16 Rescripten, Preis acht 6^{kr}. 1 fl. 36^{kr}.

173 bis 181.

6^{kr} 34
2 fl. 30

II^{ter} BAND.

Lithographirt und herausgegeben in der Königl. Armen-

Beschäftigungs-Anstalt am Anger No^{re} 774.

18¹⁷/₁₈

RESCRIPTEN.

SAMMLUNGEN

über

das K. bairische Straf-Gesetzbuch

den 13^{ten} Jänner anfangend bis incl. 13^{ten} July 1817,

von No^{re} 157 bis 172 16 Rescripten, Preis a St. 6^{kr} 1 fl. 36^{kr}.

173 bis 187.

6^{kr} 54

2 fl. 30

II^{ter} BAND.

Lithographirt und herausgegeben in der Königl. Armen-

Beschäftigungs-Anstalt am Anger No^{re} 774.

18¹⁷/₁₈



Abtschrift

Ar. 230.

157.

Königreich Bayern.

Ministerium der Gerechtigkeit.

Auf Befehl Ihrer Majestät des Königs,
der Rechts-Minister Graf von Reichenberg.

An

das königliche Appellationsgericht.

Am von dem königlichen Appellationsgerichte für den N. Kreis am 23
Juni 1816 anstatt der Anzeige über die gegen einen Rechtsgerichtshof-Präsidenten
erfolgte Generalinterruption wegen angeführter Unthunlichkeit, wor-
aus die Befreiung des über die Compensierung der Unterbrechungsgerichtsbarkeit
an, und von dem Gerichte Konstantin auf den Bestimmungen des Gesetzes gebunden
Zurück in Mithilfe einer ferner bereit am 9^{ten} August 1814 anlassenden
Beifügung des Appellationsgerichts für den Oberdonaukreis.

München den 13^{ten} Januar 1817.

J. Reichenberg.

die Compensierung der Unter-
brechungsgerichtsbarkeit Artikel 432.
Zeil II des Gesetzesbuchs balt.



der
General-Advokat
von München.

Abtschrift.

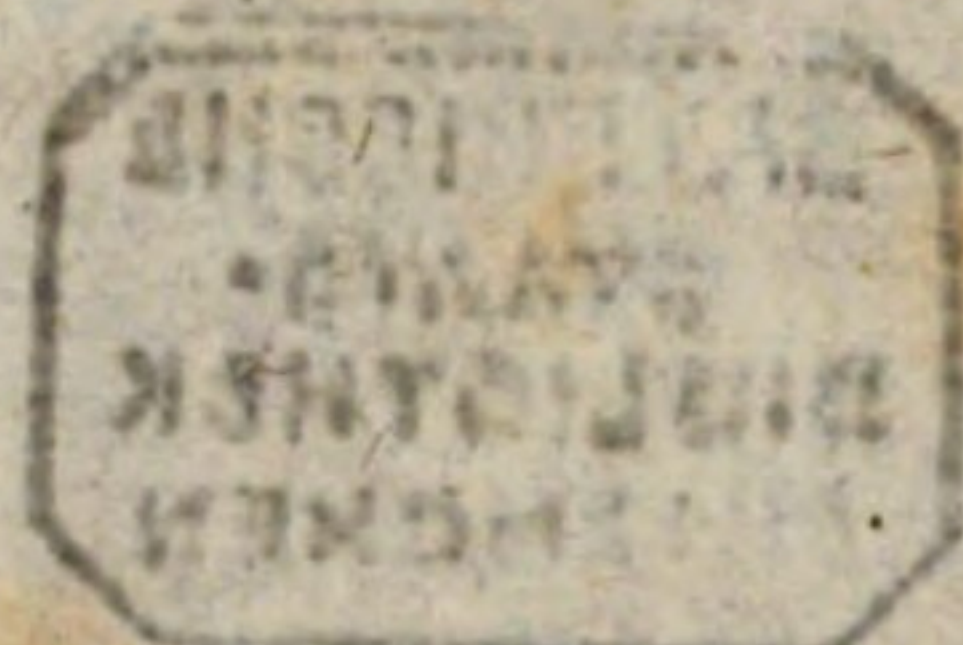
M. J. K.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter dem Artikel 432. Zeil II. des Gesetzes-
buchs gemeint sind, welche Fälle der Unterbrechung in Fällen, wo gegen Landesgerichte oder Recht-
sgerichtshöfe Beschwerden wegen Verhinderung, oder wegen anderer General-Unterbrechungen anzuhängen
sind, bei solchen Fällen die General-Commissariate, oder Appellationsgerichte, je nachdem die
Angelegenheit Handlung im gerichtlichen Ministerium geschehen, oder unter einer Justizverwaltung
beizubringen ist, bei letzteren aber die Appellationsgerichte vorzustehen und zu entscheiden,
wofür jeder auf sich selbst zu verantworten ist, nach Umständen der Konstitution des Gerichts mit solchen Unter-
brechungen umzugehen, oder zu vermeiden, wenn keine andere Mittel zu beibringen, oder
nichts anderes als die Mittel zu beibringen.

Da in dem vorliegenden Falle die letzte Unterbrechung als zweckmäßig befunden wird,
so haben Wir wegen des dem Kommissar zu machenden Vorwurfs von einhundert fünfzig Gul-
den das Gericht zu befähigen lassen. München den 9. August 1814.

An

das königliche Appellationsgericht des Oberdonaukreises
also anlassen wollen.



Abtschrift.
Nr 504.

158.

Königreich Sachsen.
Ministerium der Justiz.
Auf Befehl Allerhöchster Majestät des Königs,
dem Rath Minister Graf von Reichenberg.

An
das Königlich Sächsische Appellations-Gericht.

Hiermit wird dem Vorsteher der sächsischen Kammern in der Kassenkammer,
demselben dem Hiesigen an sächsischer Appellations-Gericht das Recht und das Ge-
richt in Würzburg, die in Abschrift beilegender sächsischer Urkunde, welche zur Mitthei-
lung mitgetheilt wird.

Münster den 24. Jan. 1817.

Gr. Reichenberg.

An
den
Vorsteher der sächsischen
Kammern in der Kassenkammer
an beauftragt.

An
General-Anwalt
v. Munnich.

*

Königreich Sardinien.

Ministerium der Justiz.

Hoch Euerer Majestät des Königs
des Reichs = Minister Graf von Kaunitz.

An

die Königlich Appellationsgerichte des Reichs
und der Hofgerichte in Würzburg.

Nachdem der Herr, aus welchem von einigen Zeit die Central-Administration
der Kaufmannschaft die jährliche Entscheidung der Kauf = Anstellungen, in
welche die verschiedenen Kaufmannschaften gebraucht werden sollen, sich besonders befaßt
hat, nicht nur im gleichen Maße befaßt, so kann nunmehr die vorige Kaufmannschafts-
weise wieder eintreten, und die Abhandlung wieder unmittelbar werden können. Die
Gerichte zu befehlen, und zwar wiederum nach folgenden Eintheilung:

Justizämter.

- 1) Das Justizamt zu Würzburg, so lange solches noch bestehen wird, nimmt alle Justiz-
dinge aus dem Großherzogthum Würzburg und dem Fürstenthum Pfalzgräbich auf.
- 2) Das Justizamt zu Lichtenau ist bestimmt für die Justizdinge aus dem Main = Raut-
Hagen = Oberrhein = und Starkreis, und abstrahirt noch für die zur Pfalzgräbich
den Kaufmannschaften aus allen Theilen des Reichs.
- 3) In das Justizamt zu München, als in welchem figant das fünfzig Kaufmannschafts-
amt bisher zugleich mit bezeugt worden ist, werden die Justizdinge aus dem Ober-
Raut = und Starkreis gebracht.

II Kaufmannschaften

- 1) Das Kaufmannschaftsamt zu Würzburg wird für die Kaufmannschaften aus dem Großherzogthum
Würzburg und dem Fürstenthum Pfalzgräbich verwendet.
- 2) Das Kaufmannschaftsamt in Lichtenau für die Kaufmannschaften aus denjenigen Gerichten
bezirkten des Main = Reichs, welche vormals zum Fürstenthum Lichtenau gehörten
sind, dann aus den Landgerichten Northeim, Hildesheim und dem Einmündel = Gerichten =
Lichtenau Stadt aus dem Elbe im Raut = Reich.
- 3) Das Kaufmannschaftsamt in Lichtenau für die Kaufmannschaften aus den übrigen

Heilau im Mainkreise, mit Pfaffen von Landgerichte Pfaffen und Pfaffen,
dann die Landgerichte Pfaffen und die Pfaffen: Lozinkhofen
im Paderkreise.

4.) Das Krauswurzelkraut zu Kirschen - Für die Krüppel und den weissen
Hals das Rautenkraut im Süden auf dem linken Ufer der Donau gelegen am Ja-
nisch-Lazien das Thonstein-Kraut, wie mit Stücken der Längswurzel
zu, Heiligt, im Längen,

5.) Das Krassenbachsches zu Liffen für die Kräftlinge aus dem Illerthaus, dann aus dem abanbananten Landgemeinden Dillingen, Heßstätt und Lainingen, im Haus auf dem rechten Ufer der Donau im dem linken Ufer des Laßgolgengenen Jenseits - Laz in dem das Abanbanant = Krassenbach, mit Abbanbanant der Stadt Niggling.

6) Das Karlsruhe-Kloster zu Stauwang - für die Knäbchen aus dem Ragau-Kloster,
aus dem Landgarnisonsschule in der Stadt im Main-Kloster, aus dem Landgarnison
Kloster Ragau, Kloster im Mittelfeld im Staudenau-Kloster und

7) Das Kaufmännische zu München für die Knäpflinge aus dem Han. Kalzars- und Antonian-Kreise, mit Rücksicht darauf, dass von einander Lazienka dieses letztere, dann aus den noch übrigen Lazienka des Han. Antonian-Kreises auf den ersten Pfennig der Antonian und des Laib, und aus dem Lazienka des Markgräfth zu Augsburg.

In ainstanten fällen, worinn Abberfüllung der einen oder andern Anstalt zu be-
forgen wäre, oder wo Rücksicht auf die fact und oekonomischen Verwaltung ein-
zelner Provinzen nothwendig seyn sollte, werden diejenigen Modificationen und
besondern Verfügungen getroffen werden, welche die Umstände gebiethen.

Einleiten der Jagd auf die vorerwähnten in der Appellation d'arrondissement, in dem Kreis-
gesetzbuch vorbeschriebenen Jagdzeitungs-Platz für die vorerwähnten Pächter auf
Umlauf der bestimmten Linie ihres Kreises, jährlich, sobald als möglich, vorzubereiten,
und nöthigenfalls die etwa vorkommenden Schwierigkeiten mit dem besten Eifer zu beseitigen.
Münster den 27^{ten} Jänner 1817. Graf. Reichenberg.

Ein Kaffeehaus in der
Königs-Strasse in der
Königs-Strasse.

An
 General. Kehrstin
 v. Hammer.

Handwritten text in a cursive script, likely a historical document or manuscript. The text is written in a dark ink on aged, slightly discolored paper. It appears to be a list or a series of entries, with some lines starting with numbers or letters in parentheses. The handwriting is fluid and characteristic of the 17th or 18th century. The text is mostly illegible due to the cursive style and fading, but some words like "Handwritten" and "List" can be discerned. The text is arranged in several paragraphs, with some lines being more prominent than others. The overall appearance is that of a well-preserved but aged historical document.

Handwritten text at the bottom left, possibly a signature or a date. It is written in a cursive script, similar to the main body of the document. The text is partially obscured by a large, dark, irregular mark, which could be a stain or a large letter. The overall appearance is that of a handwritten note or a signature.

Handwritten text at the bottom right, possibly a signature or a date. It is written in a cursive script, similar to the main body of the document. The text is partially obscured by a large, dark, irregular mark, which could be a stain or a large letter. The overall appearance is that of a handwritten note or a signature.

11. 12. 13.

ALB.

Abtschrift
Nr. 699.

160
Königreich Bayern.
Rechts-Ministerium der Justiz.

Hinsichtlich der von einem öffentlichen Anwalt im Antragsflage (Kaufgesetzbuch Teil I. Artikel 362) vorgebrachten dem Königl. Reg. / gationdgemeinschaft für den Staatsbankrott die Abtschrift mit folgender Schlussung zu lassen, welche zur Befestigung mitgeteilt wird. München den 11^{ten} Februar 1817.

Stef
Königlichen Majestät allerschönsten Befehl.
Im Auftrage.

Der
dem Königl. Regationdgemeinschaft
von einem öffentlichen Anwalt im
Antragsflage betreffend.

Der
General-Advokat
v. Hammer.

Abtschrift

M. J. K.

Ein mit dem 31^{ten} vorigen Monats gestellte Anfrage:
ob der von einem Staatsbankrott öffentlichen Anwalt vorgebrachte Antragsflage
der sich vom 25^{ten} März 1816 an die Rückseite der Königl. Verordnungs-
ist in der beständigen Gesetze klar ausgesprochen. Das Gesetz vom 25^{ten} März 1816 ist in der That
und Antragsflage nur als Privatverordnungs- und Gesetze zum Gegenstand, und kann
am besten die Kaufgesetzbuch Artikel des Kaufgesetzbuch, unter welcher sich der Artikel 362
Teil I. nicht befindet, nicht nicht befinden konnte, da derselbe von der Antragsflage als Staats-
Verordnungs handelt, bei welcher das Monarchische Staats-Verordnungsstellen Kaufbarkeit
in der vorletzten Antragsflage nicht. Es ist also der Rückseite der Antragsflage der Königl.
in der Verordnungs mit der Staats-Flage zu befehlen, und die damit verbundenen Gesetze
sich befehlen auf den Gesetzmäßigkeiten der Staats-Verordnungs-Verordnungs (Gesetz
vom 25^{ten} März 1816. Artikel III. anzunehmen.

München den 11^{ten} Februar 1817.

Der
dem Königl. Regationdgemeinschaft für den Staatsbankrott
also zu lassen werden.

1811

1811

1811

1811

1811

1811

1811

1811

1811

1811

1811

1811

Abtheilung
Archiv
467.

161.

Königreich Sachsen.
Ministerium der Justiz.
Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.
Der Staats-Minister Graf von Reichenbach.
An
das Königlich Sachseuergallations-Gericht.

Die Veranlassung eines Konflikts zwischen dem General-Com-
missariat und der Gallationsgerichte des K. Reichs über die Verurtheilungen gegen die Arti-
kel 123 und 124 des Conscription-Gesetzes ausser Acht, ist am
nachstehenden festzustellen. General-Commissariat ergangen, welche dem
Königlich Sachseuergallations-Gericht zur Nachsicht anheim gegeben sind.
Münster den 13^{ten} Februar 1847.
Gr. Reichenbach.

Verurtheilungen gegen die Artikel 123,
und 124 des Conscription-Gesetzes
ausser Acht betr. sind.

An
General-Commissariat
v. Hammer.

Auf die berufliche Thätigkeit des Königl. General-Commissariats des H. Reichs über einen Konflikt = Konflikt mit dem Königl. Appellationsgericht in Aufhebung der Unternehmung der Verfassungen gegen die Artikel 123 und 124 des Konstitution = Gesetzes de dato 8^{ten} Decembers vorigen Jahres, wenn das Appellationsgericht mit dem Reichs-Commissariat, welches nicht zugeht, dass seine Meinung zu veranlassen, sich in Angelegenheiten für inkompetent zu erklären, wenn auf selbstmonarchisches oder garungesetztes Gefängnis zu verurtheilt ist, sondern seine Inkompetenz vielmehr auf die Distinction zwischen Vergehen und strafwürdigen Vergehen oder auf das Verhältniss der Strafe, und ferner auf der Art aufstellt:

" dass wenn die Strafe des Vergehen selbstmonarchisches oder garungesetztes Gefängnis ist, die Strafe der Gefährlichkeit von der Polizei = Exekution abzuheben ist" - in der Erwähnung auf das Strafgesetzbuch Teil I. Artikel 69. und auf die Stelle der Anwendung zum Strafgesetzbuch Band I. p. 200. wo jene Bestimmung ausdrücklich ausgesprochen ist, wird ganz richtig gefolgert, dass, da in den Artikeln 123 und 124. des Konstitution = Gesetzes in Voraussetzung des strafwürdigen Vergehen bestimmte Strafen wirklich selbstmonarchisches Gefängnis nicht übersteigt, auf die Bestimmung der Verfassungen dagegen, wenn ihnen eine gesetzliche Gefährlichkeit zum Grunde liegt, offenbar von der Polizei = Exekution getrennt.

Da sich nun die Abereininstimmung dieser von dem Königl. Appellationsgericht des H. Reichs für seine Inkompetenz in der Unternehmungsfähigkeit gegen die Konstitution = Ungünstigkeit angeklagten N. angeführten Gründe mit dem Gesetzwort nicht misskennen lässt, und da der Herr Reichs-Commissar bekannt hat, dass der N. hinsichtlich des Vergehen der Konstitution = Ungünstigkeit kein strafwürdiges Vergehen zur Last fällt; so ersucht das Königl. General-Commissariat hinsichtlich der Abweisung, die bei dieser Konstitution = Ungünstigkeit obwaltende Verfassungen gesetzmäßig zu unterstehen, und darüber Beschluss zu erlassen.

Die Sitzungen des Reichs vom 8^{ten} Decembers vorigen Jahres folgen zurück
München den 8^{ten} Januar 1817.

An

das Königl. General-Commissariat des H. Reichs,
also vergegangen.

Königreich Sardinien.

Ministerium der Justiz.

Auf Befehl Ihrer Majestät des Königs,

dem Herrn Minister Graf von Raigorbang.

An

das Königlich Appellationsgericht in München.

Sehr Gehorsamst die von dem abgeordneten Richter des obersächsischen N.
wird schriftlich das Dekret 111 und 470. Titel II des Strafgesetzbuchs und die
zweckmäßigen Abkürzung der Urteilsurkunden, an das Königlich Appellationsge-
richt für den N. Reich in der dem Häufigen das in Abschrift beizulegen und Raschig an-
lassen, welches zur Einsicht und Darstellung mitgeteilt wird.

München den 4^{ten} März 1817.

Graf Raigorbang.

Dem Dekret 111 und 470

Titel II des Strafgesetzbuchs,

und die zweckmäßigen Abkür-

zung der Urteilsurkunden

betreffend.

An

General-Ankünd.

v. Nummer.

Die gegenwärtigen das in der Proclamation für den N. verordneten Strafen,
im Zusammenhang der Proclamation, daß derselbe erst kurz vor der verordneten Zeit
das festgesetzte Lebensjahr zurückgelegt, und einen unbefristeten Aufenthalt bei
dem rückgängigen Verbleib antwortet und diese Zeit in einem, obgleich vorüber-
gehenden, Mangel verbleibt, und diese eine Kriminalstrafe in einem fortkommen,
welche von dieser Proclamation einen Provisions finden kann, auf seine ganze Lebens-
zeit gesichert würde, auf den monatlichen, diese einen festlag bei der Proclamation und
Lohn in jedem Monat gesichertes Gefängnis fand, auf ist der Lohn zu be-
zahlen, daß dieser junge Lese in der Proclamation und der Provisionszeit gesichert be-
sitzt, und der Provisionszeit - Provisionszeit nicht verurteilt worden. Der
Provisionszeit der mit Lohn vom 14^{ten} vorigen Monats eingeleiteten Akten
wird bemerkt, daß ingewöhnlich unregelmäßige Provisionszeit * bei einem als Pro-
visionszeit bestanden Verbleib die konfirmierenden polizeilich Provisionszeit
währenden, mit einer unregelmäßigen Provisionszeit währenden der Provisionszeit
auf einen Tag besonders bemerkt wurden, und der Provisionszeit
nicht genügt wurden, daß er über die ganz unbekannt, und nur zu
Provisionszeit bestanden Provisionszeit an Lohn von einem Lohn auf der
sich ingewöhnlich das ganze Lebensjahr das Zukünftigen noch zwei Jahren
nicht verurteilt hat. Die Provisionszeit müssen erwägen, daß diese solche
überflüssige Provisionszeit in sich eine Provisionszeit, die Provisionszeit
der Provisionszeit gesichert, und selbst die Provisionszeit, welche eine Provisionszeit
Provisionszeit von Zeit und Provisionszeit sind die Provisionszeit zu solchen unbe-
liefen Provisionszeit bestanden müssen, widerrechtlich beschieden worden. Wenn
die Provisionszeit diese in Provisionszeit oft unbekannt Provisionszeit der Provisionszeit
sind besonders über verordnete Provisionszeit nichtig verurteilt, so werden sie sich
überzeugen, wie notwendig es ist, darüber zu wissen, und diese die gegenwärtigen
Rügen der Provisionszeit Provisionszeit an zweckmäßige Abkürzung der Provisionszeit
und an Festhaltung von allen offbaren überflüssigen Provisionszeit
zu der vorerwähnten Darstellung das bei Provisionszeit und kleinen Provisionszeit
tungen diese das Festhalten allein (Provisionszeit Zeit II Artikel 470)
sich beweisenden Provisionszeit anzugehen.

München den 4^{ten} März 1817.

* lit. Provisionszeit
num. 137. 149.

An

das Königlich Appellationsgewicht für den N.
Kaiser also verurteilt worden.

Abtschrift
Apr. 1128

163.

Königreich Sachsen.
Ministerium der Justiz.
Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.
Der Rechts-Minister Graf von Arnim.

In
der Königlich-Sächsischen Justiz-Ministerien.

In Ausführung auf das Rescript vom 27^{ten} Jänner d. J. des Jahres, in der Vertheilung
der verwirklichten Verurtheile in der Justiz- und Arbeitsgerichts-Instanz betraut, wird
bemerket: daß das Justizamt zu Lützenau nur zu der Aufrechterhaltung von männlichen Verurtheilten
eingeweiht ist, und daher die weiblichen zu Justiz- oder Arbeitsgerichts-Verurtheilten Verurtheilten
in der Arbeits-Instanz der betrauten Lützenau abzuholen sind.

München den 4^{ten} März 1847.

Der Arnim.

In

Vertheilung der verwirklichten
Verurtheile in der Justiz und Arbeits-
gerichts-Instanz betraut.

In

General-Acten
v. Nummer.

*

14-12-1911
2211 2/2

١٠٠

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf from an old book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. There is no text or other markings on the page.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. There is no text or other markings on the page.

Al. Swift.
Nov 1482.

164.

Maximilian Josef.
von Gottlieb Ignaz von Rönig von Laimen.

[illegible]

Max Josef.

An
das Königlich-Bav. Reg. =
Gauist.

2. Einwagen ansgangstau einb. stoff
 an einfaillau N. batrasam.

Im Reigen-Loose.

Auf Königl. allerbeyhöchsten Befehl

Journal = Voknsta
von Kammern.



Wm. J. Smith
of the County of ... State of ...

I, the undersigned, do hereby certify that the within and foregoing is a true and correct copy of the original of the same, as the same appears from the records of the Court of Sessions of the County of ... State of ...

Wm. J. Smith

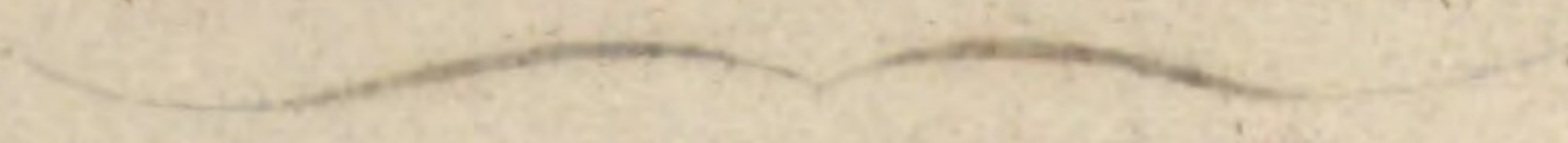
Wm. J. Smith

Wm. J. Smith
of the County of ... State of ...

Wm. J. Smith

Wm. J. Smith
of the County of ... State of ...

Wm. J. Smith



Königreich Lauen
Ministerium der Justiz.
Auf Befehl unserer Majestät des Königs,
des Reichs Ministers Grafen v. v. v.
An
das Königlich Preussische Justizministerium

Hinsichtlich der Verpflegungskosten der sogenannten Mängel-Gefangenen
für die Justiz in der Justiz, wird am 18^{ten} März dieses Jahres
an sämtliche Königlich preussische Justiz-Verwaltungen, Justiz-Verwaltung zu
Lage, und Hof-Preussische Verwaltung und Justizverwaltung nachfolgend
in folgender Weise verfahren.

Auf Befehl,

Ein bisher bestandener Vertrag für die Verpflegungskosten der Justiz-
Verwaltung in der Kriminal-Verwaltung sind bei der Justiz-Verwaltung in der
Verwaltung vorhanden, und obgleich bereits bestehende Verträge in der Verwaltung
sind, so laufen dieselben immer noch in der Verwaltung der Justiz, so die preussische
Verwaltung auf ein festes Geldquantum festgesetzt sind, während die Verpflegung
über das Missverhältnis zwischen der Justiz-Verwaltung der Lebensmittel und der Justiz
für die Verpflegung der Verwaltung sind.

Der Justiz-Verwaltung zu bezeugen, und zugleich einen Verpflegungs-
Maßstab fest zu setzen, welcher sich mit der laufenden Justiz-Verwaltung von selbst
gleichgewogen ist, auf in einigen Fällen der Justiz-Verwaltung länger besteht, wird
befestigt, wie folgt:

- 1) Ein Vertrag der preussischen Verpflegungs-Gefangenen stellt sich in der Justiz
des Landes, und in der Justiz der übrigen der Justiz-Verwaltung vornehmlich
zu den notwendigen Verpflegungsmitteln,
- 2) an Land der täglich für jeden anwesenden männlichen Justiz-Verwaltung 1 $\frac{1}{2}$ Th,
und für jeden Justiz-Verwaltung weiblichen Geschlechts oder unter fünfzehn Jahren
1 $\frac{1}{4}$ Th, und zwar nach der für das Reglement jedesmal bestanden vollen
Polizei-Verwaltung vorhanden, für die übrigen Verpflegungs-Mittel wird
täglich ein Betrag von acht bis zehn Reichthalern bei der Justiz-Verwaltung
und von sieben bis acht Reichthalern bei der Justiz-Verwaltung der zweiten Stellung gehalten.

Dieses ist nach der örtlichen und zeitlichen Verhältnisse zu bestimmen, ob und wo der Hof eine oder mehrere Räte halten soll.

Dann also zum Ende ein Pfund Roggenbrot nach der örtlichen Policey Taxe fünf Ruten eine Gallie gilt, so betragen die täglichen Verpflegungsgelüfte für einen erwachsenen männlichen Jurisisten fünfzehn Ruten zwanzig Gallie, bei schwachen Ruten zwanzig Gallie, für einen Jurisisten weiblichen Geschlechts aber, oder unter fünfzehn Jahren dazwischen Ruten sieben Gallie bei einem Ruten sieben Gallie.

3) Diese Bestimmungen treten vom ersten April laufenden Jahres anfangend in Wirkung. Wollen ab diesem für nachstehende oder nötig fallen, ist nun auf noch eine nicht wirkende Kraft für verfloßene Monate einzuräumen, so wird ferner ein besondenes und wohl motiviertes Gutachten erwartet.

4) Die sämtlichen Kriminal-Juristen sind von dieser Verfügung in Kenntnis zu setzen, damit sie sich ihrer öftere wiederholen und im vorangehenden Aufsehung überzügen mögen, ob der Jurisisten eine der Taxe entsprechende Beförderung erreicht wurde."

Münster den 23^{ten} März 1817.

Jo. Raigeburg.

Die Verpflegungsposten
der sogenannten Abzins-
Gelüfte für die Jurisisten
in der Justizverwaltung.

Der
General-Adjutant
v. Kammann.

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page shows the binding of the book, and the overall tone is a warm, off-white or light beige.

113 11/11/11 11/11/11

[Faint, illegible handwriting]



Apr 1723.

167.

Königreich Sachsen.
Staats-Ministerium der Justiz.

Hinsichtlich der Abzug von dem Verkauf = Commissionen über das Gutsgut der Kauf-
leute bei Ablauf von 60 Jahren im Verkaufzeit, wurde am 23^{ten} März d. J. d. J. d. J.
in Absicht bringend die Kaiserliche kaiserliche Königlich-königliche Kommissar-Kommissionen, mit
Kaufmannschaften des Pfandes und Aufwands = Kaufes verlassen.

Münster den 26^{ten} März 1817.

Auf
 Unser Königl. Majestät allergnädigsten Befehl.
 Zu Regensburg.

An
Ihre Königl. Chanczkanzlei
Gnädigst.

Ein Anzeigen der Knecht Konrad Riemann
über das Entgehen der Knecht bei Abreise
von Long Vianhailan der Knechtzeit 1800.

Herr
 General-Lieutenant.
 v. Hammer

Abſchrift.

[illegible]

Münchener 23^{ten} März 1847.

sämmtliche Königl. Kreis-Regierungen mit Einschluss
auch des Rhein- und Rhenanienkreises abgegangen.

[Faint, illegible handwriting]

[illegible][illegible]

2.) Wenn der Abohat bei Galagnasait einen von Yungling selbst angesetzt von Rusa im Gefängnis gehalten hat, so kann er nun das Recht ein altes zu verlangen, wenn er nun nicht in der Zeit besonders gefangene Inhaftensfrist zu den Akten übergeben hat.

3) Haben Alkohol am Anfang nicht angestrichen, so wird darauf von Auberginen
nicht erkannt, am selben bleibt jedoch das Raucht auf das Anfang nicht angestrichen,
von Anfang ab, ohne ferner in den Anfangen Alkohol zu fassen, nicht zu fassen, oder ganz
in im Alkohol 408. Teil II. kann man das fassen.

4) Uebrigens ist zur Aufbesserung aller Aufstände unter den bish. angest. Bauern
Voransetzungen im Aufst. nicht mehr vorhanden. Aufbesserungskosten von 10000 fl. sind für die Aufst.
eig. nicht mehr zu erwarten, sondern auf 5000 fl. von der Staatsk. für die Aufst.
gesetzte Summe nach Billigkeit zu reduzieren. — Hinsichtlich ist sich zu stellen. Einigungssanktionen
können folgen zu dem.

Münster den 27.ten May 1817.

München den 24. ten May 1817.

An

das Königl. Appellationsgericht für den Autonsaukreis also gegangen,
mit der übrigen zur Herausbringung in die Welt zu kommen.

* Litt. Ruskn. Tammil. No 108.

Abtschrift
Nr. 2602.

168.

Königreich Hannover.
Königl. Ministerium der Justiz.

Oben die Frage, ob in Fällen, wo durch strafgerichtliche Erkenntnisse der
Ansprüche Kosten in der That aufgebracht worden, wie für den königlichen Anwalt voran-
zusetzen, der Anwalt selbst schuldig sey, die Kosten der Kostentragung zu bezahlen, wenn in
den dem höchsten an der königlichen Appellationsgewalt für den Anwalt an-
Abtschrift beizuliegende Entscheidung anlassen, welche zur Kostentragungspflicht wird.
Münden den 24^{ten} März 1817.

Auf
Antrag königlicher Majestät allerhöchsten Befehl.
In Anhang.

An
den königlichen Oberappella-
tionsgericht.

Das Urtheil für die Suspension
muss ganz unthätiger Angewand-
teten betreffen.

Der
General Anwalt
v. Hammer.

Ab. Smith
Aug. 30 40

169.

*Königlich Sächsisch.
 Staats-Ministerium der Justiz.*

Hinsichtlich der Sammlung der Civil-Verordnungen wurde mit dem Königl. an der Königl.
 Justiz-Ministerium der Justiz die in Abschrift beilegende schriftliche Verfügung erlassen, wor-
 in zur Herausgabe mitgetheilt wird. München den 17^{ten} März 1817.

Münster den 17^{ten} Juny 1817.

Stück
An dem Königl. Majestätlichen Laßk.
In Anzeigung

Se. Königl. Chanczkanzlei zu Wien.

Lebenszeit von Eivil-Kriegern bezeugt.

In
 General-Pokrovtsev,
 v. N. N.

Abſchrift

M. J. K.

[illegible]

Michigan Dec 17. th Jan'y 1817.

het Koninklijk Naat- Ministerium der Justiz also an-
teyden worden.

✱

March 1st 1700

Received of Mr. John Smith
the sum of Ten pounds
for Rent of the house
situate in the parish of St. Martin
in the County of Middlesex
the said house being
situate in the parish of St. Martin
in the County of Middlesex

Witness my hand and seal
this 1st day of March 1700

John Smith

Received of Mr. John Smith
the sum of Ten pounds
for Rent of the house
situate in the parish of St. Martin
in the County of Middlesex
the said house being
situate in the parish of St. Martin
in the County of Middlesex

John Smith

Abſchrift.
N^o 2768.

170.
Königlich Sächſ.
Kant. - Miniſterium der Juſtiz.

In Folge der Verordnungsbeſtimmung in dem ſächſiſchen Artikel 355. Titel II. des Straf-
geſetzesbuches, wurde unter dem Hütigen an das Königlich Sächſ. - Miniſterium der
Juſtiz die in Abſchrift beiliegende Verordnungsbeſtimmung erlaſſen, welche zur Verordnungsbeſtimmung mit-
getheilt wird.
Münſter den 17^{ten} Jüng 1817.

Auf
Antrag Königlich Majestätlicher Majestätlicher Befehl.
J. Wiegand.

An
das Königlich Sächſ. Appellationsgericht.

An
General. Rathsamt,
v. Kammern.

In der Verordnungsbeſtimmung in dem Artikel
355. Titel II. des Strafgeſetzesbuches be-
ſtimmt man ſollten beſtehen.

Abſchrift.

M. J. K.

Die beſtehende Verordnungsbeſtimmung in dem ſächſiſchen Artikel 355. Titel II. des Strafgeſetzesbuches be-
ſtimmt man ſollten beſtehen.

Die in der Verordnungsbeſtimmung in dem ſächſiſchen Artikel 355. Titel II. des Strafgeſetzesbuches be-
ſtimmte Verordnungsbeſtimmung in dem ſächſiſchen Artikel 355. Titel II. des Strafgeſetzesbuches be-
ſtimmt man ſollten beſtehen.

Münſter den 17^{ten} Jüng 1817.

An das Königlich Sächſ. - Miniſterium der Juſtiz
also erlaſſen worden.

170

170

170

170

170

170

170

170

170

170

170

170

170

Handwritten title or header at the top of the page.

First paragraph of handwritten text, appearing as several lines of cursive script.

Second paragraph of handwritten text, continuing the narrative or list.

Third paragraph of handwritten text, located in the upper right section.

Fourth paragraph of handwritten text, continuing the script.

Small handwritten note or signature on the left side of the page.

Handwritten text or signature located in the middle of the page, below a horizontal line.

Large block of handwritten text, consisting of multiple lines of cursive script, occupying the lower middle section.

Handwritten text or signature located below the large block of text.

Final handwritten text or signature at the bottom of the page.



Königreich Lauen.
Kant.-Ministerium der Justiz.

Seine Majestät der König antworten über die Komposition der Königl.
lichen Kant.-Raths in Fällen, wo von Kantbeamten und anderen öffentl.
lichen Diensten gemeinen Kantbeamten oder Knechten begangen worden, am 8^{ten}
dieses Monats an das Königl. Kant.-Ministerium der Justiz folgende schriftl.
Sung:

„Max Joseph,
von Gottes Gnaden König von Lauen 3.3.

Da die Gesetzgebung des VII. Land I. Titel II des Strafgesetzbuchs, beson-
ders der Artikel 433. 434 und 435. zu dem Zweck gegeben ist, ob einem
ein Unterschied zwischen gemeinen und Kant-Beamten oder Knechten der
Kant-Beamten und anderen öffentlichen Diensten liegt, und ob in Fällen, wo
bloß von gemeinen Kantbeamten oder Knechten die Rede ist, über die Verurteilung
der Spezial-Inspektion der ordentlichen Gerichte zu erkennen geben, oder
die Komposition ins Kant.-Rath sich auf denselben anstehen, daß sogar jene
Gesetzgebung ausdrücklich sich widerstreitende Präjudizien zu Folge gehabt habe, und
daher zu überwinden wurde; so haben Wir - um in Zukunft jede Zweigeltig-
keit zu vermeiden, und dem Gesetze eine völlig gleichförmige Anwendung zu geben,
dies über diesen Gegenstand unsern ständigen Vortrag verstellen lassen, und
nach Vernehmung des Kant.-Raths beschloßen: die Gerichte stellen durch
diesen Kant.-Ministerium der Justiz anzuweisen zu lassen, daß bei gemeinen
Kantbeamten oder Knechten der Kantbeamten die ordentlichen Gerichte über die
Spezial-Inspektion zu erkennen - und dafallb nur an die vorgeschriebenen Fälle
da die angeschuldigten Kantbeamten die Anzeigen zu machen haben, die Kom-
position des Kant-Raths dagegen sich nur auf Amtsgeldbesitzer der Kantbeamten

und auf solche gemeine Verbrechen oder Handlungen bezuhen, welche mit Unte-
verhältnissen in Verbindung stehen. Dieser Staat-Ministerium der Justiz
ist ferner auf das Geringste zu verfügen.

Leiden den 8^{ten} July 1817

Max Joseph.

An

Das Königlich Staat-Ministerium der Justiz.

May dem Landes-
Anwesen Majestät des Königs

folgt von Koblenz,

General-Intendant des Markgrafthums.

General-Intendant des Markgrafthums.

Ein Kommando des Königlich Staat-Ministeriums der Justiz, in Fällen, wo von Staatsbeamten im Lande öffentliche Verbrechen oder Handlungen begangen worden, betreuend.

Das Königlich Oberappellations-Justiz des Kaisers hat sich
ferner zu richten. München den 13^{ten} July 1817.

Auf

An dem Königlich Majestät allersächsischen Landest.
J. Regierung.

An

Das Königlich Oberappellations-Justiz des Kaisers.

An

General-Intendant,
v. Kammern.

Ein Kommando des Königlich Markgrafthums
in Fällen, wo von Staatsbeamten im Lande
öffentliche Verbrechen oder Handlungen begangen worden, betreuend.

Manuscript
N^o 3934.

173.

Königreich Sardinien.
Nach Ministerium der Justiz

/ Lin in Abschrift beglängend, seite an das Königl. Appellations-
gericht für den H. Kreis fürstlich von Wiedingen den Pfälzischen Rhein bey
Antkronach, nach dem beschlossenen wird zur Herausgabe mitge-
theilt.
Münster den 12^{ten} August 1817.

Münster den 12 ten August 1817.

Ship

Königlichen Majestätlichen Laß
In. Knechtung.

Am

no. Rominghus et Canapalla lion garmist

Ein Kinkungender Hätigen Raim
bei Ankunftszeit der letzten Raim.

Wm

General-Inkention

ю. Катинск.

Abzug.

M. J. K.

[illegible]

Winnipeg Jan 12th August 1847.

Als Königl. Appellationsgewalt für den N. Kreis.
also nachstehen werden.

1811
25. 10. 1811

My dear Sir
I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 10th inst.

and in reply to inform you that the same has been forwarded to the proper authorities for their consideration. I am, Sir, very respectfully,
Your obedient servant,
J. B. Smith

Wm. B. Smith Esq.

Wm. B. Smith Esq.
of the County of ... State of ...

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 10th inst. and in reply to inform you that the same has been forwarded to the proper authorities for their consideration. I am, Sir, very respectfully,
Your obedient servant,
J. B. Smith

Wm. B. Smith Esq.
of the County of ... State of ...

Abtschrift.
Nr 4869

174

Königreich Lauen.
Kant. Ministerium der Justiz.

Wegen Anordnung der Revision vom 19^{ten} März 1816. / Reg. 2.
rungs-Blatt vom Jahr 1816. Nr. 129. 30. / bei Kant. Margrafen, zum Titel
367. 68. 69. Titel II des Kurfürstbuchs in dem hiesigen an das Kö-
nigliche Appellationsgericht für den N. Kreis in Abschrift mit folgenden
Einführung anlassen, und denselben Appellationsgericht mit dem Titel.
Münster den 19^{ten} August 1817.

Kurf
An dem Königlich Majestätlichen Hofe
zu Regensburg

An

das Königl. Ober-Appellationsgericht.

Die Anordnung der Revision vom 19^{ten}
März 1816. / Reg. 2. 1816. Nr. 129. 30. /
bei Kant. Margrafen zum Titel 367. 68. 69.
Titel II des Kurfürstbuchs betraffend.

An
General-Präsidenten
v. Kammern

Abtschrift

Kurf 3.

An dem Königlich Appellationsgericht für den N. Kreis und auf seinen
Auftrag: Laist vom 5^{ten} laufenden Monats zur Einführung eröffnet, daß
auf bei Margrafen wider den Kant. / Kurfürstbuchs Titel I. Buch III. Titel II. /
die Einkünfte mit den Äktern der Kreisstädte zur Ergänzung der Revision
mit zu stellen seien. Die angeführten Äkter folgen zurück.

Münster den 19^{ten} August 1817.

An
das Königlich Appellationsgericht für den N. Kreis
also ergangen.

1774
1774

1774

Handwritten text, possibly a signature or title, located at the top center of the page.

Handwritten text, likely a list or account, located in the upper middle section of the page.

Handwritten text, possibly a signature or title, located in the middle section of the page.

Handwritten text, likely a list or account, located in the lower middle section of the page.

Handwritten text, possibly a signature or title, located in the lower middle section of the page.

1774

1774

Handwritten text, likely a list or account, located in the lower section of the page.

1774

Abtheilung
Nr 4943

175.

Maximilian Joseph
von Gottes Gnaden König von Bayern.

Das Strafgesetzbuch Teil II Artikel 370 gestattet dem Angeklagten, oder an seiner Statt dessen Verteidiger, Vater, Vormund oder Pfleger das Rechtsmittel der Revision; es ist daher klar anzusehen, daß, wenn der Angeklagte auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet hat, dessen Angehörige so wenig als dessen Verteidiger die Revision gegen ein Straf = Erkenntnis zu ergreifen berechtigt sind, und da dem Oberappellationsgericht in der Sache gegen H. gefällte Entscheidung ist dem Gesez ganz gemäß. Inseß vom demselben auf den Auftragsbefehl vom 18^{ten} vorigen Monats unter Rückfluß der mit L. vom 19^{ten} Inseß Monats eingelangten Akten zur Rekrutierung eröffnet.

München den 30^{ten} August 1817
Max Joseph

J. Reigensberg.

An
Se. Königl. Oberappellations-
Gericht.

Als von dem Strafrichter der ersten
Instanz verurtheilt H. für dieselben
eingelegte Revision betrugt.

Auf
Königlichen allhöchsten Befehl
der
General. Sekretär
v. N. N.

1404 2/3

Allegory of the Virgin Mary

[Faint, illegible handwriting throughout the page]

1848

1844

[Faint, illegible handwriting]

1873
 1874
 1875
 1876
 1877
 1878
 1879
 1880
 1881
 1882
 1883
 1884
 1885
 1886
 1887
 1888
 1889
 1890
 1891
 1892
 1893
 1894
 1895
 1896
 1897
 1898
 1899
 1900

Abtheilung

176.

Königreich Sachsen.
Kais. Ministerium der Justiz.

Hinsichtlich der Lastvertheilung der in einem Regale verübten Liebschaften
wird in Bezug auf den Artikel VI. des Gesetzes vom 25^{ten} März
1816 unter dem Gnädigsten Befehl Königl. Appellationsgewicht für den
N. Reichsregiment die Befreiung anlassen, welche zur Befreiung
mitgetheilt wird.

M. J. K.

Der Artikel VI. des Gesetzes vom 25^{ten} März 1816, in Bezug
auf die Liebschaften, macht keinen Unterschied, ob die aus einem dem
Gottsdienste gewidmeten Orte entnommene Sache mittelbar oder unmittel-
bar, wesentlich oder nicht wesentlich zum Gottsdienste bestimmt ist, noch wenn
man kann die Ausweisung der Liebschaft auf gewisse Sachen in einem Gesetze
beschränkt sein, welches allein im Königsregiment angenommen werden
muss; die Heiligkeit des Ortes, an welchem eine zum Gottsdienste
gewidmete Sache entnommen wird, verpflichtet die gesetzliche Verwaltung der
gleichen sacralen Einrichtungen. Es ist aber der Liebschaft, welche die N. N.
aus dem Regale bei N. N. annehmen lassen. Unter diesen Umständen
Goldborten bezeugen, dass oben erwähnte Artikel zu Folge eine Ausweisung
im Jahre vom Appellationsgewichte am 30^{ten} October von demselben Sachverständigen
Königsregiment befürwortet wurde. Dies wird demselben unter dem Namen
mit dem Gesetz vom 17^{ten} vorigen Monats angeordnet. Als zur Befreiung für die
Zukunft eröffnet.

Ministerium der Justiz 1816.

Königreich Sachsen
Kais. Ministerium der Justiz
J. Reichsregiment.

General-Regiment
v. Kammern.

Der
K. Appellationsgewicht für den N. Reichs.

Die Lastvertheilung der in einem Regale verübten Liebs-
chaften in Bezug auf den Artikel VI. des Gesetzes vom 25^{ten} März 1816. betreffend.

Wm. Lloyd Garrison

150

The above is a list of the
 names of the persons who
 have been admitted to
 the Society since the
 last meeting.

1810
 1811
 1812
 1813
 1814
 1815
 1816
 1817
 1818
 1819
 1820
 1821
 1822
 1823
 1824
 1825
 1826
 1827
 1828
 1829
 1830
 1831
 1832
 1833
 1834
 1835
 1836
 1837
 1838
 1839
 1840
 1841
 1842
 1843
 1844
 1845
 1846
 1847
 1848
 1849
 1850
 1851
 1852
 1853
 1854
 1855
 1856
 1857
 1858
 1859
 1860
 1861
 1862
 1863
 1864
 1865
 1866
 1867
 1868
 1869
 1870
 1871
 1872
 1873
 1874
 1875
 1876
 1877
 1878
 1879
 1880
 1881
 1882
 1883
 1884
 1885
 1886
 1887
 1888
 1889
 1890
 1891
 1892
 1893
 1894
 1895
 1896
 1897
 1898
 1899
 1900

F. E. M.

[Faint, illegible handwriting throughout the page]

2000-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28-29-30-31-32-33-34-35-36-37-38-39-40-41-42-43-44-45-46-47-48-49-50-51-52-53-54-55-56-57-58-59-60-61-62-63-64-65-66-67-68-69-70-71-72-73-74-75-76-77-78-79-80-81-82-83-84-85-86-87-88-89-90-91-92-93-94-95-96-97-98-99-100-101-102-103-104-105-106-107-108-109-110-111-112-113-114-115-116-117-118-119-120-121-122-123-124-125-126-127-128-129-130-131-132-133-134-135-136-137-138-139-140-141-142-143-144-145-146-147-148-149-150-151-152-153-154-155-156-157-158-159-160-161-162-163-164-165-166-167-168-169-170-171-172-173-174-175-176-177-178-179-180-181-182-183-184-185-186-187-188-189-190-191-192-193-194-195-196-197-198-199-200-201-202-203-204-205-206-207-208-209-210-211-212-213-214-215-216-217-218-219-220-221-222-223-224-225-226-227-228-229-230-231-232-233-234-235-236-237-238-239-240-241-242-243-244-245-246-247-248-249-250-251-252-253-254-255-256-257-258-259-260-261-262-263-264-265-266-267-268-269-270-271-272-273-274-275-276-277-278-279-280-281-282-283-284-285-286-287-288-289-290-291-292-293-294-295-296-297-298-299-300-301-302-303-304-305-306-307-308-309-310-311-312-313-314-315-316-317-318-319-320-321-322-323-324-325-326-327-328-329-330-331-332-333-334-335-336-337-338-339-340-341-342-343-344-345-346-347-348-349-350-351-352-353-354-355-356-357-358-359-360-361-362-363-364-365-366-367-368-369-370-371-372-373-374-375-376-377-378-379-380-381-382-383-384-385-386-387-388-389-390-391-392-393-394-395-396-397-398-399-400-401-402-403-404-405-406-407-408-409-410-411-412-413-414-415-416-417-418-419-420-421-422-423-424-425-426-427-428-429-430-431-432-433-434-435-436-437-438-439-440-441-442-443-444-445-446-447-448-449-450-451-452-453-454-455-456-457-458-459-460-461-462-463-464-465-466-467-468-469-470-471-472-473-474-475-476-477-478-479-480-481-482-483-484-485-486-487-488-489-490-491-492-493-494-495-496-497-498-499-500-501-502-503-504-505-506-507-508-509-510-511-512-513-514-515-516-517-518-519-520-521-522-523-524-525-526-527-528-529-530-531-532-533-534-535-536-537-538-539-540-541-542-543-544-545-546-547-548-549-550-551-552-553-554-555-556-557-558-559-560-561-562-563-564-565-566-567-568-569-570-571-572-573-574-575-576-577-578-579-580-581-582-583-584-585-586-587-588-589-590-591-592-593-594-595-596-597-598-599-600-601-602-603-604-605-606-607-608-609-610-611-612-613-614-615-616-617-618-619-620-621-622-623-624-625-626-627-628-629-630-631-632-633-634-635-636-637-638-639-640-641-642-643-644-645-646-647-648-649-650-651-652-653-654-655-656-657-658-659-660-661-662-663-664-665-666-667-668-669-670-671-672-673-674-675-676-677-678-679-680-681-682-683-684-685-686-687-688-689-690-691-692-693-694-695-696-697-698-699-700-701-702-703-704-705-706-707-708-709-710-711-712-713-714-715-716-717-718-719-720-721-722-723-724-725-726-727-728-729-730-731-732-733-734-735-736-737-738-739-740-741-742-743-744-745-746-747-748-749-750-751-752-753-754-755-756-757-758-759-760-761-762-763-764-765-766-767-768-769-770-771-772-773-774-775-776-777-778-779-780-781-782-783-784-785-786-787-788-789-790-791-792-793-794-795-796-797-798-799-800-801-802-803-804-805-806-807-808-809-810-811-812-813-814-815-816-817-818-819-820-821-822-823-824-825-826-827-828-829-830-831-832-833-834-835-836-837-838-839-840-841-842-843-844-845-846-847-848-849-850-851-852-853-854-855-856-857-858-859-860-861-862-863-864-865-866-867-868-869-870-871-872-873-874-875-876-877-878-879-880-881-882-883-884-885-886-887-888-889-890-891-892-893-894-895-896-897-898-899-900-901-902-903-904-905-906-907-908-909-910-911-912-913-914-915-916-917-918-919-920-921-922-923-924-925-926-927-928-929-930-931-932-933-934-935-936-937-938-939-940-941-942-943-944-945-946-947-948-949-950-951-952-953-954-955-956-957-958-959-960-961-962-963-964-965-966-967-968-969-970-971-972-973-974-975-976-977-978-979-980-981-982-983-984-985-986-987-988-989-990-991-992-993-994-995-996-997-998-999-1000-1001-1002-1003-1004-1005-1006-1007-1008-1009-1010-1011-1012-1013-1014-1015-1016-1017-1018-1019-1020-1021-1022-1023-1024-1025-1026-1027-1028-1029-1030-1031-1032-1033-1034-1035-1036-1037-1038-1039-1040-1041-1042-1043-10

[Faint, illegible handwriting]

Königlicher Laune.
Hoch Ministerium der Justiz.

Dem Königlich Appellations-Justiz-Obst. R. R. ist bei
Gefahrung der Festsetzung eines Knechtens in dem
werden, das in allen Fällen, wo eine Knechtzeit nicht
nach älteren Gesetzen befristeten Knechtens vorstehen sind, in dem zu-
vorstehenden Gesetz eine Vergütung der zuerkennenden Knechtzeit mit den
jüngsten, welche nach dem neuen Knechtgesetz - Lüne zuerkennen werden
müssen, vorgenommen werden soll. Obgleich dem Appellations-
Justiz-Obst. R. R. eröffnet wird, mit dem Anfang, das für den
auf die übrigen Appellations-Justiz-Obst. R. R. angewiesen werden sind.

München den 31^{ten} July 1817.

Auf
Kaiser Königlich Majestät allergnädigsten Befehl
J. R. K. K. K. K.

An
dem Königlich Appellations-Justiz-Obst.

Vergütung der Knechtzeit in dem
für Festsetzung nach dem Knechtgesetz
der Knechtzeit befristet. Art. 12. 13. in 16.

Dem
General-Deputation
v. K. K. K.

Handwritten title or header, possibly "Handwritten Letter" or similar, in cursive script.

Main body of handwritten text in cursive script, consisting of approximately 10 lines. The ink is faded and the script is difficult to decipher.

Handwritten text block, possibly a signature or a closing, in cursive script.

Small handwritten text block at the bottom left, possibly a date or a reference.

Small handwritten text block at the bottom right, possibly a date or a reference.

Abtschrift.
Nr 5932.

178.

Königreich Sardinien.
Kais. Ministerium der Justiz.

Hinsichtlich des Verkaufs bei der öffentlichen Auction, im Fall der
Artikel 7. 14 und 269 Titel I. des Verkaufsbriefes, wurde in dem hiesigen
an der Königl. Appellationen-Gewalt für den: Dr. Röniglein in Abschrift
bezüglich der öffentlichen Auction, welche zum Verkauf steht, mitgeteilt wird.

München den 29^{ten} November 1817.

Auf
Kaiserl. Königl. Majestätlichen Befehl.
Jr. Regierung

An
das Königl. Appellationen-
Gewalt des Kaufes.

Des Verkaufs bei der öffentlichen
Auction im Fall der Artikel
7. 14 und 269. Titel I. des Verkaufs-
briefes bekräftigt.

Der
General-Präsident
v. Kommer.

Ad num. 5932.

Abtschrift.

Auf Befehl z.

Oben des Verkaufs bei der öffentlichen Auction im Fall der Arti-
kel 7. 14 und 269. Titel I. des Verkaufsbriefes wird dem Appellationen-Gewalt
auf dessen Leist vom 12^{ten} dieses Monats folgendes eröffnet:

1. Wenn die Auction bei der Raths- und Markthalle, so ist der Kauf-
schein zu geben, auf den Leist mit dem Kauf, welche der Kaufmann in der
kaufte Kaufs-baum, begleitet von dem Kaufmanns-buchhalter in der ge-
hörigen Anzahl der Kaufs, worauf er die Auction stellt, zu geben, und den auf den
Kauf-baum befindlichen Pfand zu geben, und so eine kleine Anzahl öffentlich zu stellen.
2. Kommt die öffentliche Auction als Auktion bei der Justiz- und Markthalle

von, so wird das Karbunkel, gefasst durch eine leuchtende Röhre, von dem Geruch des
Lanternen des Aufhanges gefügt, und darauf mit einem Tafel auf dem Tisch, welche
das Karbunkel und die zuerkannte Krone brennt, eine kleine lang offener ausgestellt.

3. / Obenstehendes geschieht bei denjenigen, welche wegen Minderes (Artikel 269.)
verurtheilt werden, daß sie diese Röhre von der Röhre auszustellen.

4. / Jede Anstellung soll, wenn es möglich geschehen kann, an einem Marktplatz
oder sonst an einem Marktplatz, wo sich eine Menge Menschen zu versammeln pflegen, vor-
mittags vollzogen werden.

5. / Jedem sollen die Anordnungen mit äußerster Genauigkeit, in vollständiger
Kleidung, mit dem Gefolge gegen das Publikum gerichtet, auf dem Platz zu stehen, und sich
ruhig zu verhalten.

6. / Der Geführte des Laufmanns der Anordnungen auf dem Aufhänge, dessen
Verhalten im Gefolge, ist ebenfalls nicht zu gestatten, sondern gleich dem Geführten
Geführten zu verfahren.

7. / Während der ganzen Anstellungszeit soll sich der Geführte, und bei der
Röhre, welche der Aufhänge ist, bei der Aufhänge befinden, und davon nicht aufhören.

8. / Das Publikum muß sich jeder Mißhandlung der Anstellung enthalten, und diesen
Sachen mit Nachdruck gefügt werden.

9. / Dem Geführten sollen gegen Anordnungen oder gegen die Anordnungen Maßregeln
auf dem Platz zu ergreifen, und übersehen zu sorgen, daß die Anstellung als Vollzug nicht
hinterzuziehen mit ansehnlichem Aufwand und Mühe geschehe, soll sich während der Ausführung
eine Geführte gegen die Röhre befinden.

10. / Nach vollzogener Anstellung ist der Geführte, wenn er nicht gleich
von dort in seinen Transport abgeführt werden kann, auf demselben Ort in das Gefängnis
zurückzuführen, wie er an der Aufhänge gebraucht wurde. Hiermit sind die An-
ordnungen anzuweisen.

München den 29^{ten} November 1817.

An

das Königlich Regulatorische Gericht für den N. Kreis,
also unterzeichnet werden.

Manuscript
Ar^o 6073.

179.
Maximilian Josef.
von Gottes Gnaden König von Bayern.

Subainigau angasandatan Kriminal: Ekkan saban Ekkan bannak, das
man fir in die Mainung galtand maist, die für das anständig im Stadi-
kal 237. Uail II das Kappesatzbuchs von gesessenen freimannig andan ga-
lissetan für sag and bog janan Konsonan no Uvrandig, walsch kraft is an biffant-
lisan Akutab ein Konsonan in Kappesatz an abgaben.

Die Einrichtung in der daselbst gleichgaltende Freimaurung antwortet
 darauf ist jedem Ratikal zu folgen bei jedem Ratikalständigen notwendig, in dem
 Glaubwürdigkeit auf diesem Punkt beruht. In dieser Klasse können aber auch
 sonnen nicht gestellt werden, welche vermögen einen öffentlichen Markt
 als Gesellen des Meisters nach den Regeln des Kunst oder Meisterschaft bei
 Verneinung des Eingangs in und bei der besten Lernezeit des Fallens
 des Handwerks. Das ist ein öffentlicher Glaube, der allen Marktanten in
 nachfolgenden Wirkungskreis der Meisterschaft zu kommt, die Glaubwürdigkeit
 solcher Personen allein auf sich beruht, der Ratikal 236. Teil II. des Meisters
 fähig, welche einen einzigen Ratikalständigen zum vollkommenen Lerne
 für seinen Unterricht, wenn daselbst zu Übung seiner Meisterschaft oder
 Kunst mittelst öffentlichen Meisters bestellt ist, wenn sich eine Lernezeit
 eines solchen Meisters von seinem Lehrer zum öffentlichen Meister, kann
 wegen aber von dem Punkt antwort Ratikalständigen abhängig gemacht, so wie ein also ge
 gen ein klaren Gesetz stehen, wenn man zu der Lernezeit des von ihm abgegebene
 Ratikalständigen Freimaurung antwortet darauf ist jedem Ratikalständigen zu folgen, wenn
 die Lernezeit eines solchen Ratikalständigen nicht abläuft, sondern es folgt darauf, dass ein
 bei dem Meister der oben Meisterschaft - Kollegium eine solche Freimaurung notwendig
 wenn, in dieser Folge ist so sonnenbar, dass sie allein zum Lernezeit für seinen
 dem Gesetz die Freimaurung antwortet darauf ist jedem Ratikalständigen zu folgen, welche bei dem
 Eingangs in und bei der besten Lernezeit des Fallens in Meisterschaft vermögen des Handwerks
 von dem Marktanten. Hieraus ist sich in Zukunft zu wissen.

Münster den 2^{ten} Dezember 1817.

Mar Joseph

the

Das Königlich Hanzygallations-Garnist.
Die Einmündigen Jungkaiserin für die ganze
Person, welche kraft ihres offnen H. Ambrosius Person
in der Kaiserin abgaben, betraffen. (Zim Kaiserin abgaben
Hail II Artikel 237.)

Yr. Raizunsbarg.

221

Königlich allersorgsam Befehl
an General-Bauhauw. Rammere.

[Faint handwritten text, possibly "V. 111"]

075

Wm. L. Garrison
New York

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page shows the binding of the book, and the overall tone is a warm, off-white or light beige.

1774
1775

1776
1777
1778

1779
1780
1781
1782
1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795
1796
1797
1798
1799
1800

1801
1802
1803
1804
1805
1806
1807
1808
1809
1810
1811
1812
1813
1814
1815
1816
1817
1818
1819
1820

1821
1822
1823
1824
1825
1826
1827
1828
1829
1830
1831
1832
1833
1834
1835
1836
1837
1838
1839
1840
1841
1842
1843
1844
1845
1846
1847
1848
1849
1850

1851
1852
1853
1854
1855
1856
1857
1858
1859
1860
1861
1862
1863
1864
1865
1866
1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880

1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914
1915
1916
1917
1918
1919
1920
1921
1922
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
1930
1931
1932
1933
1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000

2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025
2026
2027
2028
2029
2030
2031
2032
2033
2034
2035
2036
2037
2038
2039
2040
2041
2042
2043
2044
2045
2046
2047
2048
2049
2050
2051
2052
2053
2054
2055
2056
2057
2058
2059
2060
2061
2062
2063
2064
2065
2066
2067
2068
2069
2070
2071
2072
2073
2074
2075
2076
2077
2078
2079
2080
2081
2082
2083
2084
2085
2086
2087
2088
2089
2090
2091
2092
2093
2094
2095
2096
2097
2098
2099
2100

Abtschrift.
Ar. 6020.

181.

Königreich Siam
Kant-Ministern der Justiz.

Hinsichtlich der Notwendigkeit der Einführung eines Sanktions-
Bekundigung der strafgerichtlichen Akte. / Strafgesetzbuch Teil II. Arti-
kel 360. / wurde unter dem heutigen an das Königlich Siamische
für den H. Kaiser in Abtschrift beilegende Gutachten vorgelegt.

München den 15^{ten} Dezember 1817.

Auf
Ainam Königlich Majestätlichen Befehl,
Jr. Kabinett.

An
das Königlich Siamische.

Gericht

Die Notwendigkeit der Einführung eines
Sanktions- bei Bekundigung der straf-
gerichtlichen Akte beizubehalten (Straf-
gesetzbuch Teil II. Artikel 360.

An
General-Kontroll
v. Kammern.

Abtschrift.

Auf Befehl 3.

Auf die beifolgende Aufzählung vom 18^{ten} vorigen Monats wird dem Königlich
Siamischen Minister unter dem Namen der eingekommenen Akte vorgelegt, daß nach
der Bestimmung des Strafgesetzbuchs Teil II. Artikel 360 und 362 die straf-
gerichtlichen Akte, weil der strafgerichtliche Angeklagte bei der selben nicht
anwesend sein kann, keine Beweiskraft haben werden, wenn in einem solchen Falle anstatt
des beifolgenden strafgerichtlichen Aktes ein anderer nach Teil II Artikel 143 für die
als Sanktion zu der strafgerichtlichen Publikation beigegeben werden muß, wenn
der Angeklagte ausdrücklich darauf verzichtet. München den 15^{ten} Dezember 1817.

An

das Königlich Siamische Minister für den H. Kaiser
also vorgelegt werden.

111. 11
111. 11

111

Handwritten text, possibly a signature or title, located below the page number.

Handwritten text block, likely a paragraph or list, located in the upper middle section.

Handwritten text block, possibly a signature or title, located in the middle section.

Handwritten text block, possibly a signature or title, located in the lower middle section.

Handwritten text block, possibly a signature or title, located in the lower middle section.

Handwritten text block, possibly a signature or title, located in the lower section.

Handwritten text block, likely a paragraph or list, located in the lower section.

Handwritten text block, possibly a signature or title, located at the bottom of the page.

Esien haben übrigens bemerkt, daß die Verkaufsmaxime in der
 Festung der beiden Jurisisten H. H. auf eine, die gesetzlich nicht an-
 gewandt werden darf, gesehen ist.

- 1) Was gleich wichtig ist, daß wegen des mit einer übertragungs-
 matten, die besonders militärischen und Landeswegen einzeln immer
 mit zureichenden Arbeitskräften zu bestanden sind, die Lust
 in Konkurrenz gefunden und mit einflussreichen Arbeitskräften
 zu setzen begangen werden, was der Versuch war Art. 9. no. 3.
 Dieses steht vom 25. März 1816. auf Zucht und als
 auf die höhere Verkaufsart nicht übergegangen, wenn
 der Kauf, so folgt daraus gleichwohl nicht, daß bei einem
 einflussreichen Arbeitskräften, Kauf, Kauf, Kauf, Kauf und
 der, die in einem Verkaufsart, Kauf, Kauf mit dem Militärischen
 Gewinnen in Konkurrenz gebracht werden, was der Versuch
 Konkurrenz kann bei Konkurrenz, was der Versuch
 immer als ein Fall sein, was der Versuch
 der Kauf als ein Hauptbestandteil, was der Versuch
 In einem Fall, wie der Versuch, was der Versuch
 maximum der Arbeitskräften, Kauf, Kauf, Kauf, Kauf
 was der Versuch Art 109. §. 3. und I. des Verkaufsart, Kauf
 der Kauf durch einen anderen Zusatz, was der Versuch
 in dieser Art der Versuch, was der Versuch
 2) Was ferner in der Festung der in Criminal verfahren

Erhöhet uers unminig an fuf in glairam Rartafafanden N. an.
yafat fo Kontarinfan aban fowung zu 13 & ab zu 16 & monate Gefängnis
verurteilt werden. Diese Anfeubung ift dem kleren Enfta.
bundes Art. 99 no. 4 Z. 1. ab Anfeufatzbuße in antyagen. Auf die
in Walle können bei Pubjeltan dnfar Art, nicht in einzelnen im Zufammen-
Aufafafanden Warbanen, und in finkung von wirkten Anfeuf in den
Art. wifgefafan ift, in Anfeufg gebauft, fowann ab kan nun die Totalitu
Anfeuf felbim allgemein verurteilten Anfeuf fuf, Anfeuf bann fufat werden
wafafoten in Anfeufg ab unminig in einzwölf Monate in-
mal überfagen dnfam Gefängnis & Anfeuf verurteilt werden und
Leinman antyagen gefafan Anfeufan werden bift wie ab im yafanfenti-
gan Talla wirklich gefafan ift, in gefafte Anfeuf in maximo über-
frittan werden, mozu Anfeuf Gefängnis mal bafugt fink können.
Zu künftigen Talla fuf fuf in fuf Anfeuf Anfeufallationsgenift
hinauf zu bannan, fowann ab ift in fuf Anfeuf Anfeufallationsgenift fuf in N. an
Anfeuf fuf fuf zu fuf. München den 18. Aug. 1817.

Max Joseph

Erst Reichsberg

In Anfeufung maffenfuf

den 25. März 1816 Art. 99 no. 4

Anfeufgefuf Z. 1. Art. 99 no. 4 baf

Auf

Reichsallorfufan Gefaf.

Der Johann Jakob

Stamm

Abgesandt.
N^o 6477.

183.

Königlich Preuss.
Kriegs-Ministerium den 17. Febr.

Der Art. 51. Th. II. des Kriegs-Gesetzes, welches in der
Preuss. Verfassung vom 11. Febr. 1816 / Regierungs-Blatt 1816
N^o 21 / bloß die Befreiung der Konfessionen im Militärfür-
sorge-Gesetz zum Ausdruck hat, auf dem Grund-
satz der Gleichheit, ist, und in der
Folge auch die Befreiung der Konfessionen, so ist zu einer
Vergleichung über die Befreiung, nach der Königl.
Oberappellationsgericht in der Befreiung, gegen den
bemerkt, kein zureichender Grund vorhanden, sondern
weil dieser Grund sich als ein unzulässiger Konfessions-
zeigt, gegen welche Befreiung: Was auch die Befreiung
aus dem Gesetz zum Grund als unzulässig annehmen.

München den 1. Febr. 1818.

Auf
Königliche Majestät allergnädigster Befehl.
Im Reichsbüreau.

Der

der Königl. Oberappellationsgericht
die Befreiung des II.

beim Stand.

Im II. Th.
51. Th. II.

Der

General Anwalt
von Preussen.

Es ist jedoch übrig zu bemerken, daß die Strafmäßigkeit in der
Satzung der beiden Jurisisten H. H. auf dem dem Gesetz nicht an-
gewiesenen Weise geschehen ist.

- 1) Wenn es gleich richtig ist, daß wegen des mit einem überaus
nachen, dem Beschulderten mittheilenden und Linderung zu bringenden
mit zureichenden Arbeitslohn zu bestimmbaren Arbeitslohn
in Konkurrenz bestehend und mit einflussreichen Arbeitslohn
Satz zu belegen demnach Versuches nach Art. 9. no. 3.
Einfach strickt von 15 März 1816. auf Zucht haus als
auf die höhere Strafgeltung nicht übergegangen sein.
Es kann, so folgt daraus gleichwohl nicht, daß bei einem
ausgezeichneten Arbeitslohn, das zu geben gab und nicht
der, da ein weiterer Versuch mit dem Mithinweg
Gemein in Compensation gebraucht werden könnte. Eine solche
Compensation kann bei konkurrierenden Überstratungen
nicht als ein Fall sein, sondern die Geltung nach geringe-
ren Strafen als die Hauptstratungen, nach sich ziehen.
In einem Falle, wie der gegenwärtige ist, fällt der
maximum der Arbeitslohn, das eine in der Überstratungen
nach Art. 109. §. 3. Hril I. des Strafgesetzbuchs
die Strafe durch einen anderen Zusatz geschehen und
in diesem Art. dem H. zugeordnet werden sollen.
- 2) Es ist ferner die Satzstrafung des in Criminal vertheilten

183.

Der Antikal 51. Mail II. des Aufgesetzbuches und die für die
in der Provinz von 11. März 1816. / Regierung. Blatt 1816
Bl. 21 / bloß die Behandlung der Konstitution im Antikal
für die. Es ist zu bemerken, daß die Provinz
in der Provinz von 11. März 1816. / Regierung. Blatt 1816
Bl. 21 / bloß die Behandlung der Konstitution im Antikal
für die. Es ist zu bemerken, daß die Provinz

Am
Königlichen Majestätlichen Hofe in
Graz.

Von
 Johann Jakob
 von Herten.

Calcutta. Ind.
Juni 1806.
51. Jf. II.

Abchnitt.
N^o 121

184.

Königreich Sardinien.
Nacht Ministerium von Turin.

Lez' Gulagaufait eines Bagütarichters Haaßaußschüßgafsch, wönn
wogau das, das sahaftaten Altan in der Gafängnisbaum Haaß
anta milt, baizugubanden Rintan intan das hantigan an das G.
f. pallationsganicht für den H. Rind in der Absicht bairin
ganit fufschling Binn an der Baum, walt zu der Lufschacht mitgan
thailt milt. München den 9^{ten} Jänner. 1818.

King

Kiinan Majastat ins Kuningd allanjoistau Enkajl.
In Ruigantong.

Chu

Gene

Sub Rönig. Conspirationis
Gmicht.

General Lukatin
H. H. H.

Einem unsern besten Mann
in Gießen, Herrn Marfoden
nicht zu vergessen, dan hier dan bod.
Zu Amst. 113 Y. II.

ad-184.

Abtheilung

M. J. Kg.

Obenstehendes wird das Appellationsgericht darauf aufmerksam gemacht,
daß Rinder nicht mit den vorbestimmten Wüthen in Gefängnissen und
Käufen/Läden abgegeben werden, sondern daß vielmehr von den Rindern
gerichtet für den Fall der Enttöbung und Kaufen der Rinder nicht mit zu-
sammen gehörenden Rindern geeignete polizeiliche Schutz und Pflegen angeordnet
werden.

München den 9^{ten} Jänner 1818.
Oben

Das Königlich Appellationsgericht für den N. Kreis,
also anzuwenden.

Abtheilung
No 219.

185.

Rönigreich Sardinien
Königliches Ministerium der Justiz

/ In der Seilage folgt eine Abtheilung der in dem hiesigen an der
gallatischen Provinz für die Sardinien und die übrigen
Provinzen zur Herstellung der öffentlichen Ordnung in
den zu tragenden Kosten bei königlichen Verordnungen betref-
fend.

München den 27. Januar.
1818.

Auf
Antrag Königlich Majestätlichen Befehl.
Im Kassenbuch.

Die
das Königlich Sardinien-
Provinz

in der Sardinien zu tragenden
Kosten bei königlichen Ver-
ordnungen betreffen.
Zur Act 1094.

Die
General Administration
Sardinien.

Abtheilung ad. 185.
Auf Befehl.

Rechtskosten bei königlichen Verhandlungen sind von dem Staatsschatz
büchsenkosten verantwortungsvoll zu übernehmen, in dem oben Richtsicht
auf die Bestimmung des Reichsgesetzesbuchs Teil II Artikel
40 9, zumal von dem Sachverständigen von dem Reichs-Mittelbüchsen
stand aus anderen Gründen zum Reichsgesetzesbuch,
§. I Art. 79 P. 2: / ferner hundert Personen, sowie von
dem Sachverständigen, oder von dem Konsumwärtigen selbst
nach dem Civilrecht Elemente festlich sind, und bei der
währenden Mittellosigkeit aller dieser Personen von dem
Staatsschatz das Recht des Reichs, und zwar in
sammlung für die anderen Mittel von dem Staat
zu tragen. Das königliche Appellationsgericht für den
Reichsstand ist zu veranlassen, in allen zu. in dem Reichs-
buch als Mandat von dem Reichsgericht gelungenden könig-
lichen Verhandlungen diese Grundsätze in Anwendung zu
bringen, und für die anderen Staatsschatzgebühren zu
tragen, daß sie in allen notwendigen Fällen die Konsum-
gebühren für den zum Tragen der Rechtskosten verpflich-
teten Personen sorgfältig unterstützen.

München den 27. Jan. 1818.
An

Das königliche Appellations-Gericht für den Reichs-
stand zu veranlassen.

Abisnith
N^o 1228.

186.

Ronigerius Scriba.
Theob. Minifortium San. Justiz.

Mit Freuden und Beglückwünschung für die Kammerherrschaft zu
zu Kammerling zu Ehren des Kaiserl. Hofraths in Wien
die allerbeyste Malla zu Ehren.

Miners Jan^r ^{tan} Minz. 1818. ~

Stuf
Königlichen Majestät allerdüssigsten Befehl.
In. Baiernsbay.~

Der Königl. Oberappellations
Rath.
Die Landrathsherrn der Kurmainzischen
Landgrafschaft.
Zum Art. 96. H. II.

Jan
 General Robertson
 & Munroe.

Abtschrift.
Nro 821.

187

Königreich Siam.
Hoch Ministerium der Justiz.

Hiermit wird die Anordnung des Artikels 14 in Art. II.
des Strafgesetzbuchs wegen Verurteilung von Missethätigen
bei Verurteilung und Verurteilung, welche unter dem
Jahre an das königl. Appellations-Gericht für
den Thron, der in Abschrift beigefügt ist, mitgeteilt wird.
nachdem Ministerium der Justiz 1818.

Auf

Am königl. Majestätlichen Hofe der Justiz.
In Königsberg.

Au

des königl. Appellations-
Gericht.

Der

General-Advokat

o. Platten.

Die Anordnung des Artikels 14
in Art. II. des Strafgesetzbuchs wegen
Verurteilung von Missethätigen
bei Verurteilung und Verurteilung
betreffend.

ad-187.

M. F. K.

Die mit Lauszeit vom 6^{ten} vorigen Monats gestellte Anfrage:
Ob, wenn jemand zugleich wegen eines Verbrechen's und Ver-
gehen's schuldig ist und bei dem Mangeln eines Mitschul-
digen hat, welcher nicht zugleich Mitschuldiger des Verbre-
chen's ist über diesen Mitschuldigen des Criminal. oder des
Civilprocesses zu verfahren haben?

findet in den Statuten 14 und 24 Thail II des Verfassungsbuch's,
verbunden mit der Anweisung von 17^{ten} Junij d. J. über die
Statutenänderung in dem vom Verfassungsbuch Thail II Artikel 333.
bestimmten Füllen ihre Fortsetzung dahin, daß das Fakultativ
über den Mitschuldigen des Verbrechen's denjenigen Anweisung zu-
setzt, welcher über ihn auch zugleich wegen eines Verbrechen's
untersuchter Mitschuldiger zu verfahren hat, daß jedoch in
dem Statut über einen Mitschuldigen, welcher bloß ein
Vergehen zum Last stellt die Eigenschaft eines Civilprocesses
nicht erwähnt werden muß, in welchem das Appellationsgesetz
von dem Vergehen abhängt. München den 13 März 1818. ~

An
Das königliche Appellations-Gericht für den N.
Kreis also anzufragen. ~

Litfog. Rundung no. 170.

Abſchrift
Nr. 2043.

188.

Königlich Sächſ.

Kab. Minifterium der Juſtiz

Hinfichtlich der von Sächſigen Unterfuchungs-Commiſſarien zu
aufzulegenden ſachlichen Viz- und Abzugs- Koſten wird unter
der Hütigen an das Königl. Appellationsgericht für den N.
/ Reich die in Abſchrift beiliegende Gutachtenung abgeben, welche
zur Aufſetzung mitgetheilt wird.

Minifter der 14^{ten} April 1818.

Stip

Königl. Majestät allerhöchsten Befehl.
In: Regierung.

St

das Königl. Appellations-
Gericht

an von Sächſigen Unterfuchungs-
Commiſſarien zu aufzulegenden
ſachlichen Viz- und Abzugs- Koſten
betreffend.

zu Y. II. Art. 3.

St

General- Sekretar
v. Hammer.

Abschrift.

M. J. K.

Das Appellationsgewicht für den H. Reichshofrath zu Wien ist
selbstbekannt, daß wegen der Injurianten wegen der sich zu Befriedigung der
Verzögerung nicht mit Neigung vorsehen sey, so wird es selbst sich zeigen, daß
die bei dem Hofrath der Appellationen = diesen vorsehenden Verzierungen an
den Injurianten nachsichtlich zu sein, welche am zureichendsten durch Aufhebung
des Hofraths vorsehenden = und Abzug = Resten geschehen. Wir haben Ansehen
dem Willen, daß die Appellationen, besonders gegen vorsehende Injurianten,
auf jede mögliche Weise beschleunigt werden sollen, sich massiglich zu erkennen ge-
geben, dagegen hat keine Befriedigung statt, wenn nicht eine Unmöglichkeit vorliegt,
und sich die den Injurianten zu Befriedigung vorsehend, im Vergleich mit
Büro genau vorzuführen. Ein für die gelinde Befriedigung der Injurianten in
den H. Hofrath Appellation angesehene Gründe sind zu berücksichtigen, da außer dem
Willen vom 11^{ten} Februar bis 11^{ten} März, auf dem 6^{ten} April an die Hofrath
des zureichenden Hofraths durch nicht massiglich vorsehend, und von anderen Injurianten Injurianten
an, welche das Appellationsgewicht berücksichtigen haben will, in dem Hofrath nicht
aufgehalten ist, eine Verantwortung aber, wenn solche notwendig befunden werden,
sollte eingeführt werden können.

Abzug ist auf die vorsehendste Weise für die Hofrath die
am besten Befriedigung zu leisten. Das den H. Hofrath Befriedigung gibt für die
Tage, an welchen nicht geschehen, gar keine Ansehung an, die sich spezifisch angesehend
werden sollen.
München den 14^{ten} April 1818.

An

das Königlich Appellationsgewicht für den H. Reichshofrath
also vorsehend werden.

Abtschrift.
Nov. 20 77.

189.

Königlicher Leinwand.
Kant.-Ministerium des Justiz.

Hinsichtlich der Entlassung und Festsetzung in der Sache, wo Civil-
Personen unabhängig von Verurteilung oder Verurteilung befristet werden,
wobei auf Entlassung und Festsetzung in der Sache auf eine Militärverurteilung keine
Rückwirkung, sondern nur die Wirkung der königlichen Deklaration befristet für den
H. Kreis der in Abtschrift mitfolgende Festsetzung anzuwenden.
München den 14^{ten} April 1818.

Auf
Kaiserliche Majestät allerhöchster Befehl,
J. Raigensberg.

An
die königliche Oberprokuratorie
Justiz.
Die Entlassung und Festsetzung
in der Sache, wo Civil- Personen
unabhängig von Verurteilung oder
Verurteilung befristet werden,
wobei auf Entlassung und
Festsetzung in der Sache auf eine
Militärverurteilung keine
Rückwirkung,
betreffend.
zu G. II Art. 27.

Der
General-Advokat
v. Hammer.

Abfchrift
Nr 2138

190.

Königlich Sächf.
Nat. Min. d. Justiz

Es am 21^{ten} d. d. Monats an sämmtliche Appellationenämter mit
Hinweifung auf das Pfand-Regulirg., welche das Recht, die Lösungen
und Pfändungen für die Anzeigen und Aufbringung von Kautions-
beträgen, wie ferner in Abfchrift mitgetheilt.

Münster den 21^{ten} April 1818.

Auf
Königliche Majestät allergnädigst Befehl.
J. R. v. d. Rönne.

An
die Königl. Appellationen-
ämter.

Die Lösungen und Pfändungen
für die Anzeigen und Aufbringung
von Kautionsbeträgen.
zu H. II. Art. 87.

Der
Generale Prokurator
v. Kauten.

Abfchrift

M. J. K.

Es zielt ferner, wo gewisse Lösungen und Pfändungen für die Anzeigen und
Aufbringung gewisser Arten von Kautionsbeträgen im Allgemeinen gesetzlich zuge-
fagt sind, z. B. in der Verordnung vom 9^{ten} August 1806. S. 18. Reg. Blatt von 1806.
Nr. 297.

Es zielt ferner, wo dergleichen Lösungen in Gemäßheit des Artikels
87. H. II. des Strafgesetzbuchs, besonders zugesagt worden sind, können.

Wenn in solchen Fällen ein Angeklagter oder eine andere Person einen Kautions-
betrag einbringt, im Falle des gesetzlich Gefagten - im Falle der Lösung zum Protokoll
hittet, so ist ferner das nämliche Appellationenamt jedesmal nachfolgenden
nachzuweisen.

I. In dem Dekrete, mit welchem das obelastete bekanntlich mit den Akten an das
Austauschungs-Gericht zurückgesandt wird, ist daselben genau zu eröffnen,
a) Ob dem Anzeigenden die Aufbringung der Leibesfrucht im Gefängnis zu
unterstehen sey, oder nicht?

b) Sind daselben zu unterstehen im Ganzen:

1. aus dem Vermögen des Verurtheilten, so ist das Austauschungs-Gericht
anzuweisen: daselbst gleich den übrigen Kosten aus dem Vermögen des Verurtheilten
zu zahlen.

2. Wenn aber in Konventionen diese Anzeigen oder Aufbringung Gefängnis-
kosten unter sich oder wenigstens subsidia nist dem Anzeigenden zu Last fallen, so ist,
an das Austauschungs-Gericht die Klage zu richten, daß es bei der betheiligten
Kaiser-Regierung davon eine Anzeige zu machen, und in der Klage diese Gefängnis-
kosten nachzuweisen habe.

c. Wenn auch im gegebenen Falle auf Festsetzung dieser Gefängnis-kosten ge-
gründete Ansprüche statt finden, so ist in dem genannten Dekrete der Antrag des Anzeigenden
oder Aufbringenden förmlich abzuschlagen mit Aufweisung der Gründe, warum? Z. B. weil
die Angeschuldigte nicht förmlich bestimmt worden ist.

II. Diese vom ankommenden Appellation-Gerichte gutgeheßen Verfügungen hat das Austausch-
Gericht nach eingetragenen Rechts-Raht des kaiserlichen Hauptankenners des
Anzeigenden oder Aufbringenden, und wenn dieser ein Einspruch macht, seinen vorgesetzten Dienst-
in der Abschrift bekannt zu machen. Auf das sind diese im Austauschungs-Gerichte jedesmal
anzuweisen.

München den 21^{ten} April 1818.

An
sämmliche Appellation-Gerichte des Königreichs
also anzuweisen.

Manuscript.

No 2590

191.

Panicum Linn.

Markt-Ministerium der Justiz.

Hiermittheil ich die Aufhebung der Civilprocuratur wegen Vertheilung der
Güter im Reich, wurde am 3^{ten} dieses Monats durch das Generalmar-
schall-Commando das in Abschrift beiliegende Rescript erlassen, welches
unter dem heutigen samstägigen Appellationstage dem Kaiser zum
Aufweis der Aufhebung mitgetheilt wurde.

Münster den 8^{ten} Máj. 1818.

2 Auf.

Königlichen Majestät allhöchster Laß.

Гр. Рагнвальдъ.

Stu

Das Königlich-Preussische

Garrison

Die Anweisung der Kaiserlichen
Kriegs- und Landesverwaltung

Sevan wongen Labaidiginy dan

Yankee in the East, Vol. 1, p. 1

zu Carl II. Am 27.

2500

Journal: Pakenia
v. Kauruan

в. Кнута

Abiscript

Ad Num 2590.

N. F. K.

Marstam zu folgen das 895 Aufseher Rabinal: Laßst das vom 15^{ten} April
vorigen Jahres die Galantigkeiten und Mißhandlungen der Pöbelherrschaft und
Patruillen von Tivitz ausser dem Torgamischten Gasse beschränkt und unterdrückt
werden sollen, und für ein kein Aufseher oder Aufseher bei dem Gaudemann-
Ergänzungsraide, so erklärt sich der Aufseher selbst, daß dieser Saban
hallbündel Laßst und Galantigkeiten künftigen Galantigkeiten und Mißhandlungen
der Gaudemann in die Hand genommen, so in auf solche von gamischten Gasse
genommen werden müssen.

Laabab bairihasan Long b'waiit fäufiga, ab bairihasan ibiragan Linian Militän
fist Oltan fäufiga wagan Lalindigungan dan Gandakuman in Linian wagan,

und durch die große Mißthätigkeit, und die ganz eigenen Verhältnisse der Gendarmen
bei der Leitung gemischter Untersuchungen: Gemischte vielfältige Aufwändigkeiten an
Anwesenheit, die für die Befugnisse der Notwendigkeit herbeigeführt haben, durch Untersuchungen
an den Civilgenossen zu übertragen, so soll es auch bei diesen - dem Dienst nicht nachste-
hen, dagegen vielmehr das Versehen bestrafen und die Ordnung in Bezug auf
Gendarmen für den Augenblick sein Verbleiben haben, daß durch Untersuchungen
auf Acquisition commissorio modo allein durch die Civil-Untersuchung ohne weitere
Anstalt geschehen werden. Das - von dem Gendarmen - Corps - Commando für die Befugnisse in
Gesellschaft der Kantonsregierung - Versehen nicht möglich ist - der Gendarmen im Dienst be-
laidigenden, und Mißhandlungen - Civil- Personen auf solche Sachen, von den ihnen ab-
weisenden befürchten Verhältnisse der Militär - Genossen ist immer noch die für solche Fälle
angeordnete gemischte Genossen auf Befehl anzuordnen, indem der Civil- Personen, die sie nicht
einschließen durch ein Militär, sondern zugleich durch die Civilgenossen untersucht und abgeurteilt werden.
In, daselben das Recht der Kantonsregierung, zu folgen das civilgenossliche Versehen und Recht
der beschaffigen Anordnungen im Verfassungsbuch des Landes gegeben.

Man haben und übrigen durch mehrere Vorgänge übereinstimmt, daß die für gemischte Genossen
angeordneten Fälle, wenn die Befugnisse der Befugnisse der Befugnisse im Dienst, oder wegen des
Dienstes befürchtet werden, kann es auch Befugnisse beizuführen sind, zu Befugnisse werden, statt
inangewandter Konflikte werden diese in den Anordnungen zum Artikel 405. des Kantons
des Verfassungsbuchs (Land III. Art. 273.) unter Ziffer 3 beizuführen sind Fälle Lit. a, b, c und
d. damit ausdrücklich als die Befugnisse zu einem gemischten Genossen bestimmt, und festgesetzt.

Diesem Gendarmen - Corps - Commando wird dieses zur genaueren Beobachtung in
den vonkommenden Fällen allernachst anzuordnen. München den 3^{ten} März 1818.

Der

des Gendarmen - Corps - Commando also anzuordnen.

Abtschrift.

192.

Nr. 3038.

Königreich Lothringen.

Staats-Ministerium der Justiz.

Die unter dem heutigen an der königlichen Appellationsgenossenschaft
für den M. Kaiserlichen Hofratsherrn, die Kammergerichts-
in die Prozesskosten bey dem General-Untersuchungsbefehl,
samt, wird somit in Abtschrift mitgetheilt.

Münster den 3^{ten} Juny 1818.

Auf

Einem Königlich Majestätlichen Befehl

des Kaisers.

An den

Oben Appellationsgenossenschaft

des Königreichs Lothringen.

Die Kammergerichts-
in die Prozesskosten bey
dem General-Untersuchungsbefehl

An

General-Präsidenten
v. Mommere.

Abtschrift.

Auf

Daß demnach die Prozesskosten wegen eines, welches die demselben
seinerzeitigen Befehl, ist ein allgemeines in dem Kaiserlichen Hofratsherrn II
Artikel 40. und 41. des General-Untersuchungsbefehls, welches bey dem General-
untersuchungsbefehl bey dem General-Untersuchungsbefehl seine Einkünfte
von demselben. Es sind folgendes Kaiserliche Befehl von demselben
samt, welches bey dem General-Untersuchungsbefehl seine Einkünfte
eine Kammergerichts- in die Prozesskosten auf sich zu
sich haben, bleibt in jedem offt die demselben
möglichst falls der nichtanteligen Einkünfte
überlassen. Dieses wird dem königlichen Appellations-

gallations Gericht für den N. Kreis auf dessen Anfangs-
Gericht von 21^{ten} Jahren voran im 18^{ten} Mai des Jahres
eröffnet.

Münster den 3^{ten} Juni 1818.

Der

des Königlich Appellations Gericht für den N. Kreis
aufsichtungen.

Zum Artikel 404 Teil II.

Autograph.
Apr 1189.

194.

Benignus Linnæus.
Haut. Ministerium der Justiz.

Lab Santa an das königliche Reg. allhöchste Gnade das H. Reich
„alsdann Raschkeit einen Zweifel über das Aufgebot des bethauptet
/ / sind in Absicht mitgetheilt. Eingangs folgen die Akten des Ober-
regulation-Gnades, woraus sich von obigen Gnade das bethauptet,
sind zurück.

Wilmington 9th January 1849.

Auf
 Seiner Königlich-Majestät allhöchsten Befehl
 Graf Reichenberg.

The
 Ex^t & Thurgentations-Garnist
 von

Aufwachen in's Exultation.
 Du wirst das Leben in
 Rosen und Wagnern und
 in den Rosen und Wagnern
 in den Rosen und Wagnern

Wm.
General Robertson
of Nashville.

Abſchrift

M. J. K.

Die vorstehende Appellation = Garist auf die bürgerliche Anfor-
ge vom 13^{ten} gesehtet 21^{ten} November vorigen Jahres, daß die Straf-
garistliche Untersuchung = Akt zum Ende eines Civil-Prozesses
wirklich ist und die Abhandlung aufständigen gerichtlichen
fordernungen wegen Befehlens Befehlens, Jüngling, Resten & den An-
walten der Gerechtigkeit auf Verlangen der Anstalt vorgelegt
werden können. Die Gerechtigkeit & Folgen zurück.

Winnipeg Jan 9th 1819.

Am

La 3^e Exegollatione. Janiſt La 3^e Mutar. Lenari. Panisb alfo nula Pan.

1180

1180

Westminster Abbey

Westminster Abbey
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward

Westminster Abbey
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward

Westminster Abbey
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward

Westminster Abbey

Westminster Abbey
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward

Westminster Abbey
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward
The Abbey of St. Peter and St. Edward

Abſchrift.
Nr. 1562.

125.

Königreich Lauen.
Hoch Ministerium der Justiz.

Hinsichtlich der Entscheidung der Aufträge der Amtsräte.
in über das Kreisgesetzbuch, wurde seit dem 1. d. Königlichem
/. Kationdgarnist für den H. Kreis die in Abſchrift beiliegend anzuhalten.
Sich die Selbstständigkeit anlassen. Münster den 9^{ten} Januar 1819.

Auf

Seiner Königlich Majestät allerschönster Befehl
In. Rügenberg.

An

des Königlich Oberappellations-
Garnist des Kreisb.

Die

Entscheidung der Aufträge der
Amtsräte über das Kreis-
Gesetzbuch betrassend.

Den

General Rationen.
v. Hannover.

Abſchrift.

M. J. K.

Wir haben in Aufſetzung derjenigen Befehlsungen, welche des Appellations-
Garnist für den H. Kreis die in Aufträgen der Amtsräte
über das Kreisgesetzbuch anlassen, und die durch den 30^{ten}
November zu dem 8^{ten} Dezember vorigen Jahres vorgelegt ist,

versteht man die Forderungen zu machen.

I.

Die erste Aufgabe betreffend:

Es muß in jedem einen Rangesbezug, wo es noch unbestimmt und zweifelhaft ist, ob die Misshandlung oder Verwundung bairisch sey, verweist, nicht, ob sie sich zum polizeylichen oder strafrechtlichen Untersuchungs- und Leichenschein eignet? - Die Leichenschein des Leichenschein durch den Gerichtsbauz allein verfertigt und wenn die Leichenschein von diesem ganz gefaselt bekannt wird, sich auf den von ihm angegebenen Merkmalen zum polizeylichen Untersuchungs- und Leichenschein eignet, die förmliche gerichtliche Untersuchung im bairischen Lande, oder gleichwohl gleichfalls vorzunehmen sey?

Es haben die auf die Aufgabe aufstellende Vorschriften der Verordnungen des Artikels 19 Teil II des Strafgesetzbuchs als Regel ganz angemessen gefunden.

Nun kann, wenn Fälle vorkommen, wo es wegen ganz offenkundigen und allgemein anerkannten Uebereinstimmens der Verlesung auf der Stelle deutlich ist, daß von einem Richter so wenig, als von einem Barbier die Rede seyn kann, zum Festsetzung im öffentlichen Rosten eine förmliche Untersuchung eingeleitet werden. In solchen Fällen soll die Untersuchung = Leichenschein lediglich als polizeyliche, und in dieser Hinsicht mag sie die Untersuchung vom Gerichtsbauz allein unbedenklich vorsehen lassen.

II.

Die zweite Aufgabe betreffend:

von Herrn Professor, die sich auf Artikel 204 Nummer 1. Teil II des Strafgesetzbuchs anzuwenden abzuweisen, den sie sich aufzuweisen dürfen, alsdann, wenn sie in einem

Complicität als Mitthäter, Gefilfen oder Leugnsthigen Person,
unter sich compromittirt werden können?

So haben Wir die dem auftragenden Untersuchungsorgane Le-
antwortung der befragten Person nicht kürzlich angemessen
geändert, indem der Befragte, welcher einen Thäter als seinen
Mithelfer nennt und anzeigt, nicht allein unter der Hand einen
Zeugen, sondern weit mehr unter der Leugnung eines Leugnsthigen
gestellt werden kann.

Es ist daher nicht so weit, als eine Person der angabenen Art
die andere während der Untersuchung dem Gerichte als Mithel-
fer genannt und in Anzeige gebracht hat, findet eine Compromittirung
der Person als Leugnsthiger, — in welcher Eigenschaft die in diesem
Rathschlage vom 28^{ten} December 1813. (Sitzungsprotokollammlung Nr.
26.) vorgeschriebene Befragung keineswegs erforderlich ist, —
mit der andern befragten Person unter allen Umständen der
Ordnung statt, wenn nicht der Compromittirte in seinem weiteren
vertheilten Eigenschaft als Zeuge (Artikel 284 Titel II.) zur Ab-
klärung der Compromittirung besondere Gründe vorzubringen vermag,
welche dem Gerichte dazu nach Artikel 220. Paragraph 2. Titel II. als
hinreichend erscheinen werden sind.

III.

Unvollständig, so haben Wir auch die Leantwortung der
sachlichen Frage nichtig gefunden:

ob ein in summarischen Verhöre, oder in der Qualität als an-
wärtiger Zeuge vom Jurkulten abgelagter, an sich kürzlich
gläubwürdiger Geständnis auf in Verdachtsfällen der form-
wegen in einem vertheilten Verhöre wiederholt werden müßte?

Die befragte Antwort stimmt werden mit den allgemeinen
Bestimmungen über die Natur des in Verdachtsfällen zu be-
stehenden Verhörs (b. Anmerkungen zum Verordnungsbuch Band I.

Artikel 30. 31. Nummer 3.) noch mit der Handlung des Artikels 162.
Teil II überein, mit der Dispositionen des Artikels 467. und 468,
dem 470 Teil II. in der nächsten Verbindung stehen, und woraus sich er-
giebt, daß - wenn der Fiskus, in summarischen Versteigerungen
abgelegt hat, - in Versteigerungs-fällen gar kein Fiskus auf Gäng-
unternehmung und gar kein ordentliches Versteigen notwendig ist, und daß das
im Artikel 470 Teil II vorkommende Wort "erstes Versteigen" entweder
vom summarischen Versteigen oder von dem ordentlichen Ver-
steigen in Fällen, wo gegen den außerordentlichen Augenscheinlich den auf
Gängunternehmung fallen nicht kommt werden müssen, zu verstehen sey.

Es kann daher keinem gegnerischen Zweifel unterliegen, daß in
Versteigerungs-fällen, wenn der Augenscheinlich in summarischen Ver-
steigen, oder als ordentliches Versteigen vorkommen, kein Versteigen im
ständlich zusammenhängend im so weit, eingestanden hat, eine Min-
derstellung in einem ordentlichen Versteigen keineswegs nötig sey, daß
der Fiskus vielmehr sogar zum Verlust - und Verfalligkeits-
Versteigen sitzen können.

Bei den übrigen Aufträgen - Punkten haben wir nicht zu ver-
merken gefunden.

München den 9^{ten} Jänner 1819

Der

des Königl. Negallationskanzler für den H. Rat
also unterschrieben.

Abigail
No 2489.

196.

Ringrauf Laimon.
Hartb. Mung. Laimon von Jülich.

[illegible]

„Nächst dem Einzigen vorzuziehen, daß die allerspätesten Aufschubung vom
23^{ten} May 1817 Litt. Num. Nr 167. in Letztgedachtem Zwingen der Kauf-
leute-Kommissionen über das Letztgedachte Kaufmannschaft gesetzlich besteht,
und durch vorgedachte Vorlage des Kaufmannschaft Gesetzes an der
gesetzlich zu bestimmenden Befehl eines Kaufmannschafts, das vorkommt, so
beschaffen keine königliche Majestät, daß die Kaufleute-Kommissionen mit
allem Nächstem zum gemeinsamen Willen der beschriebenen Anwesen-
den, und für die genannte Befehlung derselben verantwortlich ge-
macht werden sollen.“

München den 23^{ten} Jänner 1819.

1872 32
Auf
Eueren Königl. Majestätlichen Gnaden
Lafest.

Die
Königliche Chancerykammer.
Jannst.

Die Jungmispäuber und Lohrger
den Kräftigen auf Abkühl von
der Wundstücken den Kräftigen
betreffend.

C.
 van.
 Gammal. Raknatän
 v. Kammer.

1794

Wm. H. Miller
Wm. H. Miller

[Faint, illegible handwriting visible through the paper.]

1899

Abtheilung
No 2682.

197.

Königlich Lübeck.
Hoch Ministerium der Justiz.

Es haben sich bei Revision der Unterfischung: Kosten Ungläubigkeiten,
wenn die ankommende Justizkosten bei Abrechnung der selben sich
nicht zu geschätzen pflegt, und das allgemeine Urtheil: „Prozesskosten“
bestanden.

Da aber bei Unterfischung an sehr verschiedenenartigen Kosten, eigentliche
Prozesskosten, Hauptplagierungskosten, Expeditionskosten, Rinkosten, und dergleichen,
einfachen, wenn die Ungläubigkeit selbst nicht in sämtlichen Kosten bemerkt worden
kann, den beständigen Gesetzen nach bei der Abrechnung auf andere Paragrafen nicht
immer nach demselben Grundsatze beizufügen ist, so werden sämtliche ankommende
in Justizkosten somit angewiesen, sich in den angegebenen bekannten nicht allgemeinen
Urtheil: „Unterfischungskosten oder Prozesskosten“ zu bezeichnen, vielmehr die einzel-
nen Kosten der Kosten genau zu bezeichnen, zum Vergleich:

„Die eigentlichen Unterfischung: und die Hauptplagierungskosten fallen wegen
„Mittellosigkeit des Justizkosten der Rinkosten, oder der Justizkosten
„zum Last. Ungläubigen Grund sind den Einsparungen abzuheben die geschätzten
„Kosten und Justizkosten zu vergrößern. Die Rinkosten und Hauptplagierung
„oben sind die Kosten der Rinkosten. Besondere zu bezeichnen, z. B.“

Hierbei wird noch bemerkt die genaue Beobachtung der allersächtesten Verordnung
vom 16. December 1811. (Regierungsblatt vom 1811 Nr. 1022.) in Anwendung
gebracht. Die Revision ist allerdings beauftragt, diejenigen Kosten
von Kosten, zu deren Abrechnung kein Grund im Urtheil liegt, zu streichen,
wobei sich, wenn diese geschätzt, der ankommende Justizkosten selbst in demselben Ur-
theilskriterium und Deklamationen nicht gesetzt haben werden. Hiermit ist sich zu ver-
stehen.

München den 3ten Februar 1819.

Auf

Königlichen Majestät allersächtesten Befehl
Jr. Rittersberg.

An
die Königlich Oberappellations-
Justiz.

Die Abrechnung der Justizkosten
bekanntlich in Anwendung der
Kostenkriterien beizufügen.

An
General: Raths-
v. Hammer.

W. L. 11
1813

101

Handwritten text at the top of the page, possibly a title or header.

First paragraph of handwritten text, starting with "Es ist..."

Second paragraph of handwritten text, continuing the narrative.

Third paragraph of handwritten text, detailing further events.

Handwritten text at the bottom of the main body, possibly a date or signature.

Fourth paragraph of handwritten text, concluding the main body.

Handwritten text at the bottom left, possibly a signature or note.

Handwritten text at the bottom right, possibly a signature or note.

Abtheilung
Nr 2961.

198

Königreich Siam.
Kais. Ministerium der Justiz.

Demnach sind die in der königlichen Verordnung im
Jahre 1818 erlassenen Gesetze für die N. Provinzen
allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

Die

Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl.
In. R. d. R. d. R.

Die
Königliche Ober-Abtheilung.
In. d. R. d. R.

Die
General-Abtheilung
v. M. d. R.

Die
Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl.
In. d. R. d. R.

Abtheilung.

M. J. K.

Demnach sind die in der königlichen Verordnung im
Jahre 1818 erlassenen Gesetze für die N. Provinzen
allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

1. Die königlichen Majestät allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

2. in der Regel ist die Ober-Abtheilung der königlichen Majestät allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

3. Die oberste Abtheilung der königlichen Majestät allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

4. Die oberste Abtheilung der königlichen Majestät allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

Die oberste Abtheilung der königlichen Majestät allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

Die oberste Abtheilung der königlichen Majestät allerhöchsten Befehl, wird somit eine Abtheilung zur Abtheilung
mitgetheilt. — München den 23^{ten} Februar 1819.

- * 9.)

- 71.

- [illegible]

71. In Bezugung auf die Annordnungen Lit. 2. R. 127, zum N. G. L. V. I. Art. 221, Nr. 3. — f. a. Ein gesetzlicher gesetzlicher Eintritt eines Eintrags in einen mit dem Wofungsbüchle unmittelbar verbundenen u. gesetzl. v. einem Hof oder Garten, betr. Jus. Nr. 43. Note 56. — b. Das Übergangsrecht u. die Annordnungen sollen, in den Entscheidungsgründen, in Verbindung, u. nicht in den Grundsätzen dargestellt werden. Kst. und H. 359. f. — 15. Febr. 1815. (I. 221. Nr. 3.)

* 2)

72. Ein Form des Ausspruchs eines unwilligen Aufstehens der
Journal-Platzierung -/ zu II. 98. S. 3. des R. J. L. - betr. 19. Febr.
1815. (II. 98. S. 3.)

73. Von wegen Einbuchs gegen Punkt J. Kauf z. - f. Samm. in Vauhin.
Samm. in Stufabund u. Gafüllan bay Sam. Einbuchs, - zu I. 221, Nr.
 1. I. 50. u. 73. * ff. z. - betr. 21. Febr. 1815. Zuf. Nr. 66. (I. 73. *)

* 5)

74. Einige Auszüge über das Verfehren in Preussischen. — § I. Ein Mir.
Einsetzung des Justizämter Das bei Verbrechen, in zwei verschiedenen
Verfahren, zu II. 109; II. Ein Vermuthung des unverschuldeten Verdächti-
gen als feigen, in Einsetzung auf II. 86. u. 99; III. Das Verfehren gegen den
auf freyem Fuß gesetzten Angeklagten, wenn er in dem Ver-
fälschung d. Thatsache nicht erscheint, zu II. 116. u. 141 ff.; IV. Ein Verbind-
lichkeit zur Vertheidigung eines Angeklagten: a) von Seiten der Reichsgnab.
Länder bei den Landgerichten, zu II. 143. §. 2; b) in Einsetzung auf ein in
einem Artikel vorbestimmtes Anwesen der bei dem missglückigen
Untersuchungsgericht angehaltenen Accusierten; c) über obige Ver-
bindlichkeit von Seiten der Advokaten u. Accusierten, nach II. 142. §. 2. 143. §. 1. 2. u.

- * 1790. Von Sammlung der Entschaltungen bey Vorträgen der Appellhe-
sionsgewisse, Acensdistan, betr. - f. Hinweisen auf die frühesten
Vorurtheile, v. 25. Jun. 1799, im Mainz'schen. Tausch. v. Jahr 1800.
Lil. 1. T. 6, - n. v. 4. n. 29. Dpt. 1812, im Ray. Lil. T. 1563-1564, n. T. 1057-
1660, §. 2. n. 5. / - 15. Fabr. 1815. Not. 102.

91. Ein Vermählung verpflichtung angebotener Freiwilligkeit zu I. 444. 186
N. G. S. / betr. 17. Febr. 1845. War. Kr. Just. St. P. 197. Just. Nr. 70. (I. 444)

- *5) 92. Ein Abgriechung von dem Panisbrotballe von dem englischen Jch.
system betr. 1. März 1815. Reg. St. P. 202-204.

93. Von dem Bar. Appell. Juriſten Ad Königsrufer, u. den Appellanten
u. andern Juriſten II^e Instanz, im Jahr 1814 gehaltenen Arbitrum, -/da in
den Einfluß des neuen Preussensatzbuchs auf das öffentliche Recht, u. den
Justizbetrieb der Juriſten u. Kollegienbeförden, -/betr. d. März 1815.
Kon. St. T. 172-174. ff.

80. Ein Händelsung von Viten der Sonst. d. Jage. Linsen bei Holz. u.
Milchlinzläffen, betr. 28. März 1815. Jus. Nr. 78. 104. 119. 120. (II. 19. 251.)
81. Ein Absimmung der von der Majorität abweichenden Votanten,
bis der folgenden Linsenungs-Punkten in Kassenen, betr. N. J.
L. II. 349. 350. / 31. März 1815. Jus. Nr. 106. (II. 349.)
82. Ein Anse garandemäßigen Linsenungen / zu I. 85. des N. J. L. /
betr. 1 April 1815. (I. 85.)
83. Ein Linsenungs-Anse gegen ausländische Konventionen / zu I. 19. des N.
J. L. / betr. 8. April 1815. Nota 37. Jus. Nr. 138. (I. 19.)
- * 2)
84. Ein Linsenung des wegen Meinungspropositionen M. Haupt
p. / zu I. 269. u. 290. dem II. 214. S. 3. u. 216. des N. J. L. /
betr. 12. April
1815. Nota 19. (I. 269.)
85. Ein Artikel 102 u. 103. Y. II. des N. J. L., des Vorlages zu Abm.
Ling der Spezial Inquisition betr. 18. April 1815. Nota 61, S. I.
(II. 102.)
86. Ein Linsenung des wegen Einbüßten vortrefflichen Z. f. den und
der Anse f. den p. / dem die Forderung der Anse bei dem Zusammen-
fließen von Konventionen mit einem Rückfall, zu I. 109. u. 112. des N. J. L. /
betr. 18. April 1815. Jus. Nr. 62. 101, b. 110. Nota 145. Jus. Nr. 135. Nota 162. (I. 112.)

*gleich die Anzeigen bei dem königl. Appell. Gericht das Rechtswort
zu setzen, p. / 25. März 1815. Nota 76. (II. 51. *)*

- *2) 98. Im wegen Holzentnahmeung prozessirten M. Köhler v. batr. f. Milde und
Verfügung im Bau regeln nach seiner Bekanntmachung, auf bei allen
wof nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, ist, ist die Wirkung, und
die Kraft eines Urtheils hängt nicht am Tage des Urtheils, sondern
dann erst von der Verkündung an, wie die Gerichtsordnung, Kap. 14,
§. 8, übereinstimmend mit allgemeinen Grundsätzen, ausdrücklich be-
st.": f. 8. April 1815. Just. Nr. 78. 104. (II. 344. 360.)

94. Ein Kustennuntienbescheid des Statthalbers 12. J. I. des N. J. L. auf Ver-
gessen. Vnesen, betr. 24. Jün. 1815. Nota 59. (I. 16. S. 2.)

*f) 95. Das Engwärtigungsgesetz der neuen Linbtschloß verurtheilt
R. Kriegerganz p. - / dann a. die Anordnung des N. J. L. bez. einem
Verbot, welches nicht nur den älteren Vnesenbesatzungen begehren, aber
zugleich auch weiteren Handlungen, zur Zeit der Winterzeit des
neuen N. J. L., fortgesetzt werden, - zu I. 110. S. 1. - u. b. die Miß-
beurteilung der Anordnung v. 20. April 1815, die Aufhebung auf die
Revision in Vnesen, ohne Entscheidung über die gestellte Entscheidung,
zeit, zu II. 374. S. 2, des N. J. L. - Juf. Nr. 87. / - betr. 28. Jün. 1815. (I. 110. S. 1.)

96. Ein Mißbeurteilung der Anordnung vom 26. Jänner 1813 - / über die
Einführung gegen Juristen, welche, zu einem und den nämlichen Lande zu
gehören, unzulässig sind, - u. über die Aufhebung von den Aufhebungsgesetz-
Entscheidungen zu verurtheilt. Einzige. Einigkeit, - II. 24. 26. / - betr. 30. Jün. 1815. (II. 24.)

*g)

97.

III. Tit. Von Einweisung der Tabellen, u. der Aufsicht über die Ein-
führung der untergerichtlichen Gesetze. S. 45 - 50. / - 13. Jün. 1815. Reg. Bl.
N. 457 - 478. Nota 5. 20. 27. 69. 109.

109. Die untergerichtlichen Gesetze. Einzige betr. - / Instruction für
die Obergerichte über die Revision der untergerichtlichen Gesetze,
Tabellen, - unter unmittelbarer Leitung des k. k. kais. Ministeri-
ums der Justiz. - S. 1 - 19. / - 20. Jün. 1815. Nota 108.

110. Ein litographisches Anstalten im Königreich betr. - / S. IV. a. Vollkom-
men Anordnung der Anordnung v. 13. Jün. 1803, über die Anst. u. Ein-
führung. Einzige. b. Einordnung Verbindlichkeit zur Einweisung der Ver-
ordn. v. 17. Febr. 1806, die politischen u. statistischen Zeitungen betr. g. p. /
- 22. Jün. 1815. Reg. Bl. N. 529 - 533.

*f) 111. Ein Einzige der verordneten oder unterordneten Tausen, dann die
Verordnungen u. Tugenden, betr. 27. Jün. 1815. Jfar. Kr. Juf. Bl.
N. 708.

*g) 112. Ein neuen Handelschloß verurtheilt R. Krieger p. betr. - / zu Einsam,
auf den Engwärtigungsgesetz für dieselbe, welches allenfalls den Re-
scripten, welche gesendet, daß das Statthalter des k. k. Appell. Gerichte des N.
Revisors, über einem gleichfalls in der Aufhebungsgesetz von galicischen Staat.
Einbtschloß, das als ein gesetzlicher in der Aufhebungsgesetz, was
auf seiner, unter, vor jedem Anstalten, fällen Ein-
führung angewendet, oder irgend etwas im Statthalter fällen unter,
oder verurtheilt werden sollen. / - 30. Jün. 1815. (II. 344. *)

101. Ein Erlaßung über ein Anwesenbarkeit der Artikel 399, n. 482, Z. II;
dann Art. III. Z. I. des N. G. L. / n. m. l. a. Ein Wink. anfangen der
Unterweisung zum Kaufsfall des Verurtheilten, II. 399, n. 482 - (Zus. Nr.
42, b. 52. Nota 120, III. Jus. Nr. 152.) - dann b. Ein Kaufsfall, I. III - (Zus. Nr. 62.
86. 110. Nota 145. 162.) - / betr. 29. Aug. 1815. (II. 399.)

102. Ein kaiserlicher Dekret in gerichtlicher Zustanz, bei Erlaßungen
in Verurtheilten - / II. 347, n. 374. §. 1. des N. G. L. / - betr. 30. Aug. 1815. Jus.
Nr. 22. 47, ad 3. (II. 374. §. 1.)

* R)

103.

* R) 117. Ein Verurtheilung des J. E. R. R. betr. - / Auftrag: der an dem Zustanz,
„Ein unrichtige Einweisung eines richtigen Falles, um die Sache brennend
zu machen, als das Verurtheilte der selben, in der Entscheidung „Einmal
Erklärung aus Falschigkeit,“ einen Widerspruch aufstellt; dann Einmal
Erklärung, wie Man, ein Objekt von dem, n. kann, dann Erklärung nach
bei Falschigkeit nicht erlaubt werden.“ - / 3. Sept. 1815. Nota 114. (I. 247.)

118. Ein wegen Erlaßung eines Dekretes zur Verurtheilung M. L. von dem J.
betr. - / „Ein Dekret des N. G. L. ist brennend zu machen, das in der R. R.
sition an eine ausländische Sache, um Verurtheilung der Verurtheilten
des Angewandten, nicht ausdrücklich brennend ist, das in der R. R. ist nach
I. 79. des N. G. L. der Zustanz in der R. R. aufgetragen können, n. von
der R. R. von der Verurtheilung befreit werden müssen; in dem and.
ländische Sache die Erlaßungen des N. G. L., ohne einen speziellen
Erklärung, nicht beobachtet können.“ - / 3. Sept. 1815. Jus. Nr. 26.
(II. 204. §. 1.)

119. Ein gemeinsamer Erlaßung der Verurtheilten des N. G. L. Z. II. Art. 348 n. 474,
betr. - / das ist ein förmlicher schriftlicher Vortrag, wie in
des N. G. L. II. 348 n. 474, verurtheilt, folgend des Verurtheilten
mit Aufzeichnungsgründen verurtheilt wird, „ist ein Mißbrauch, bei
welchem die Erlaßung an Erlaßung und Falschigkeit abzuheben ist,
als die Erlaßung der Aufzeichnungsgründen an Falschigkeit verurtheilt. Man
ohne die Verurtheilten des N. G. L. verurtheilt, das in der R. R. Verurtheilung
des N. G. L. in einem Falle ist.“ - / 12. Sept. 1815. Jus.
Nr. 147. (II. 348.)

120. Ein Kompatanz der Kriminal. u. Civil. Verurtheilten bei Kontinuirung
der Polizei. Abhandlungen u. Unverurtheilten, betr. - / R. R. R.
Erklärung des Art. 14. Z. II. des N. G. L. - I. Kompatanz der Verurtheilten
bei Kontinuirung der Polizei. Abhandlungen. Unverurtheilten. R. R. R.
n. des Verurtheilten II. 14. 7. II. Winkungen einer Polizei Kontinuirung auf
Zustanz der R. R. a. im Allgemeinen, I. 92, 95, 109, b. bei Ein.
Erklärung, n. III. Abhandlung des N. G. L. auf Z. II. 399. Nr. 2. (n. m. l. l.
der R. R. R. I. R. R. - Jus. Nr. 101, a.) - IV. Abhandlung der R. R.

103. Ein Angebot über bairische Landvermessung der Kräfflinge - f. d. d. ein Lage-
Angebot vorgelegt worden abgelaufenen Zeit Vorwissen der Kräftezeit, u. die
Lagefalls zu bestimmten Lagenzeiten. - betr. 21. u. 30. Sept. 1815. Inf. Nr. 35.
Kotn 58. 59. Inf. Nr. 53. 94. Kotn 155. 160. Inf. Nr. 136. 154. (I. 12.)
104. Ein von einem Gutbesitzer an Holz im Melde, prozessanten St. H.
Landes z. - f. d. d. Erlaubnis der Vernehmung vom 21. März 1815. über
ein Einsprüche an Holz im Melde, zu I. 218. Nr. 3. - litf. Kamml. Nr. 78. /
- betr. 3. Okt. 1815. Inf. Nr. 78. (I. 218. §. 1. Nr. 3.)
105. Das Kriegsförderungswesen werden abzugeben Verbunden betr. -
f. d. d. II. 421. u. ff. - 3. Okt. 1815. Kotn 61, III. Inf. Nr. 77. (II. 421.*)
106. Ein von dem Ober. Appellationsgericht, - oft zur dritten Instanz
vorher angegangen Erkenntnis an den Justiz, - rückwärtsweisen Person,
betr. 3. Okt. 1815. Inf. Nr. 81. 148, §. 2, a. (II. 349. 375.)

* 6)

107.

Ueberrückung an die Kol. Sachsen, nach II. 355 u. 357, — dann Berücksichtigung
derer Einrichtungen auf Gefällen u. Einnahmen, p. V. Kompensierung der Ver-
gnügte über Kontributionen gegen die Kriegl. Dep., u. Infanterie der
Kriegsflüge, Mantel u. Zölle, — in zwei bestimmten Fällen; — dann das Verfas-
sen der II. 7. 355. 357. VI. Kompensierung der Administration. Sachsen über
jane Infanterie; — u. die Gesellschaften Einnahme der Verfassung.
VII. Verfassung der Administration. Untersuchung zu der Verfassung.
Lohn. VIII. Wirkung des Verfassungstheils auf die Abrechnung
der Infanterie, im Falle des VII. 7. 12. Sept. 1815. Krieg. Bl. N. 771-775.
Jus. Nr. 28. Note 77. Jus. Nr. 60. b. 130, a. 142. (II. 14.)

121. Ein Aufsatz über die merkwürdigsten Resultate der Versuchs-
pläne für das Jahr 1814, betr. - / Für die künftigen Versuchspläne wird
höchstens eine neue Instruction anzuordnen, die selbst die zur Sammlung
der Materialien bis zur vorzuziehenden Formulare, nach dem
an W. J. L., einen Abänderung in einem kleinen Aufsatze betr.
22. Sept. 1815. Nota 53. 141. 150. 152.

- *1) 123. Die Gesetzgebung der Kriminal Justiz zu Villingen betr. —
 1. Die zu besserer Verwaltung dieser Intention. Es ist nimm die
 angestanden, mit Justizien nicht überflüssigen Landgerichte, die Ver-
 waltung der Kriminal Justiz, gegen zu Verfest kommen zu bringen.
 von, die folgenden Verordnungen beizufügen, u. über beizufügen sind, zu
 Kommissionen. / — 13. Juli. 1815. (II. 51. *)

107. Ein Legniss von Fäll. u. Sparten. Fruchstau, in Legnissung auf das P. J. L. Y. I.
Art. 218, - f. dann die Legnissung der Nota 56, Nr. 3, dinst. f. - betr.
18. Okt. 1815. (I. 218. §. 1. Nr. 4.)

* m)

108. Ein Kosten auf Verpfändigung mittelbarer Zugewinne betr. - f. 1. Abantwer-
gung der Verpfändigungen an Advokaten u. Anwälten (Nota 66, Nr. 3, u. 4).
2. Legnissung, u. Verlängerung des Verpfändigungs. Termins (II. 144.). 3. Ein-
ne des Aufschlags eines Verpfändigungs am Tage des Fruchts; u. die Ver-
pfändigung der Verpfändigung. 4. Einem der zur Verpfändigung gehö-
renden Anwälten (Zuf. Nr. 64.). 5. Trennung der Kosten in dem An-
schluß, wenn der Zugewinn nicht alle Kosten zu tragen im Stande ist
(Zuf. Nr. 31.); - dann Trennung bez. Subordinations von Kosten wegen Mittellosig-
keit. - f. 31. Okt. 1815. Zuf. Nr. 31. Nota 66. Zuf. Nr. 64. 74, IV, V. 113. 124. 127. (II. 409.)

* n)

109. Ein Stellung beiderseitiger Klagen zur Konfrontation u. Zergliederung
u. an ausländische Juristen, - f. dann, die Mittheilung der Akten, einzel-
nen Aktenstücke oder Kopien, zum Einsicht einer Klagenführung, an ausländische
Lehrer, - u. von solchen, - dann die Kosten für dinst. Abschriften, II. 404, f.
- betr. 24. Nov. 1815. Zuf. Nr. 33. 49, C. 122. Nota. 165. 176. (II. 201. §. 2.)

110. Ein wegen des Rückfalls nach findenden Abgang zur förmlichen Auf-
gattung f. P. J. L. I. 109. u. 112. f. betr. 27. Nov. 1815. Zuf. Nr. 86. 101, b. (I. 112.)

111.

124. Ein Legnissung der im militärischen Fäll. u. Sparten. Fruchstau. Zulassung,
fruchtlos ist das Vermögen, - f. u. in demselben, in Legnissung auf Militärs. Vor-
brufen, die allenfalls gegen dinst. zum Tragen kommen, - f. betr. 13. Okt. 1815. Zuf.
Nr. 111-112. Man vergl. dinst. Blatt v. Jänner 1816, P. 112-113. Nota 167. 168.

* m) 125. Ein Annahmbarkeit der Artikel 315, u. 411. Y. I. das P. J. L. auf Grundriss
Vorbrufen, betr. 29. Okt. 1815. Roy. L. P. 881-882. Zuf. Nr. 151. (I. 315.)

* n) 126. Ein Winkungsabgabe der Expansion der Juristenbarkeit der bürgerl. Auf-
gattung, in dem, Art. 13. 15. 16. u. 17. der militärischen Aufgattung, bez. dinst.
Fällen, betr. 10. Nov. 1815. Roy. L. P. 937-938. Nota 15, a. Zuf. Nr. 37.

127. Ein Abgabe der Relationen zu dem Fruchts. Akten betr. - f. a. Simon,
zug auf die Verhandlung v. 20. April 1787, in Meiner Jan. Vint. L. 3. P. 112-
u. auf das Rescript v. 31. Okt. 1810. - b. Vorantwortlichkeit der Juristen.
Stände für die ganze Beobachtung dinst. Anwendung. - f. 14. Nov. 1815.

128. Königliche Verfügungen wegen Relig. Abantwärtungen betr. 14. Nov. 1815.
Zur. Nr. 1053-1054. Man vergl. dinst. Blatt v. Jänner 1816, P. 820-
821. Zuf. Nr. 142, b. Nota 179.

129. Ein Legnissung gesandten Vorbrufen betr. 22. Nov. 1815. Roy. L. P. 1001-
1002. Zuf. Nr. 97. (I. 212.)

111. Ein ungerechter Einbruch des münchischen j. J. 1815 in M. Kriessmannen, z.
-f. dann, den Einbruch an Tischen und seinen Familien, zu I. 218.
Nr. 3. - und den Ausweisungsbefehl der verurteilten Verbindung
bei Sammlern, zu I. 221. Nr. 1. des N. J. L. - betr. 27 Nov. 1815. (I. 218.
§. 1. Nr. 3.)

112. Ein fünfzigster der Münstlingen bei seiner Zeller, König betr. 2. Aug. 1815.
(I. 14. §. 1. Nr. 2.)

*o)

113. Ein Trugung von Kriessmannen. Kosten münchisch mit halbesen Angewand.
Siegen in Lenzung auf Patrimonial. Janista: /, betr. 12. Aug. 1815.
Jus. Nr. 59. Nota 147. (II. 409.)

114. Ein Anweisung des I. 220. des N. J. L. -f. u. der Anweisung. L. 2. N. 125, - Ein
Wegf. und Anweisung des Einbruchs an den u. j. m. d. K. -f. betr. 19. Aug. 1815. (I. 220)

115. Ein Lenzung des j. Kolliganten u. der Anweisung. L. 2. N. 125, - Ein
des -f. dann die Anweisung der zur Anweisung. Wegf. Anweisung,
I. 27. 28. §. 2. /, - betr. 19. Aug. 1815. Jus. Nr. 117. (I. 27.)

*p)

116. Ein Lenzung eines Militärs. Wegf. betr. -f. a. Komptanz der Anweisung.
Janista zur Anweisung. der Hauptanweisung. bei Vangas, II. 400. Jus. Nr.
27. b. Anweisung der Lenzung v. T. u. d. N. -f. u. d. Wegf. auf eine bloße
Journal. Anweisung, II. 104. §. 3. II. 354. c. Militärs. Anbot, von einem Wegf.
posten mit einem anderen Tobakspfeife von der zu geben. d. Anweisung der Wegf.
von gegen Lenzungen, z. I. 317. 411. §. 2. / - 21. Aug. 1815. Jus. Nr. 17. Nota 29. Jus. Nr. 79. 95. (I. 317.)

*q)

*o) 130. Ein Komptanz über Anweisung der Anweisung. Lenzung der Wegf. Lenzung,
betr. -f. Ein Komptanz der Anweisung der Wegf. Lenzung, Lenzung, Lenzung,
des, den Komptanz. Lenzung der Wegf. Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung,
posten, - Lenzung der Wegf. Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung,
gültigkeit. Lenzung, - wenn mit einem solchen Wegf. Lenzung, Lenzung,
Vangas verbunden sind, oder münchisch Lenzung, Lenzung, Lenzung,
liefert oder guttand gemacht werden wollen. -f. 9. Aug. 1815. Nota 12. 114.

*p) 131. Ein Komptanz der Lenzung. Komptanz der Wegf. Lenzung, betr.
-f. Ein Komptanz der Lenzung der Wegf. Lenzung, Lenzung, Lenzung,
Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung, Lenzung,
von, bei dem Lenzung. Militärs. z. / - 19. Aug. 1815. Nota 6. 23. 140.

*q) 132. Ein Komptanz eines Wegf. des Wegf. Lenzung zu Münstlingen zu
Civil. Wegf. Lenzung, betr. 23. Aug. 1815. Nota 180, 6. (I. 27.)

133. Ein Komptanz Komptanz der Lenzung betr. 24. Aug. 1815. Wegf. Lenzung.
Jnt. L. v. Japan 1816, I. 109-110.

117. Ein gemeinschaftlicher Vollzug verurtheilter Gefängnißstrafen / I. 27. 28, §. 2. /
betr. 26. Aug. 1815. Jus. Nr. 115. Note 132. 180, b. (I. 27.)

118. Ein Einweisung des Verurtheilten bei der Publikation der Urtheile
nicht, sondern über das Verweisungsurtheil des Ober. Appellationsgerichts
/ II. 371, §. 1. 375. /, als über ein ihm zustehendes 24 stündige Einleitungs
/ II. 371, §. 2. Jus. Nr. 87. Note 100. /, betr. 29. Aug. 1815. (I. 371, §. 1.)

119. Polizeiliche Einweisungungen der Landgemeinden gegen das Wildscharen
verpflichtet in der Untersuchungsabtheilung bezugsnehmende Untersuchungen / II. 19. 251. * /
betr. 31. Aug. 1815. Jus. Nr. 80. 120, c. (II. 251. *)

1816.

* r)
120. Ein Einweisung des Wildscharen - / a. Einweisung der Verurtheilten gegen
den Wildscharen v. 9. Aug. 1806, Reg. Bl. T. 293 - 300, - unter der Aufsicht
des §. 18. Landesbau, v. 22. Aug. 1807, Reg. Bl. T. 1937 - 1938, - im ganzen Umfang
zu dem Main. Oberland. Untersuchungs- u. Polizey. Kommiss. (Note 143); b. Pro-
mulgation, dann spezielle Verkündung u. Verlesung dieser Verurtheile c. Po-
liceiliche Einweisungungen gegen die das Wildscharen oder der Untersuchungs-
abtheilung verurtheilten Personen, II. 19. 251. * Jus. Nr. 80. 119, / - betr. 10. Jänner 1816.
Note 52. Jus. Nr. 92, c, 3. Note 143. 149, II, c. 174, b. 177, b. (I. 218, §. 2.)

* s)

121.

* r) 134. Ein Einweisung des Habitués - Maxime betr. - / Nach einer Justiz-
tion für die Habitués im königlichen Lande. München 1816. Gedruckt
bei M. Lindauer. 54. T. in 8. - a) Von dem Verurtheilten der Habitués
nach gerichtlichen Vorfällen. 3^{te} Abschn. §. 4. T. 43. - b) Von der Ver-
antwortlichkeit der Habitués, u. der Urtheile gegen die Landbau. §. 5. T. 44-
46. / - 7. Jänner 1816. Jur. Rev. Just. Bl. T. 305 - 316.

* s) 135. Ein Verweisung der malizial. bürgerlichen Revisionen - Gesetz vom
Großherzogthum Würzburg u. Fürstenthum Ansbach - / Ein
die Malizial. Taktion der k. Landesdirektion zu Würzburg, unter der
Oberleitung des bürgerlichen Kommiss. über die Organisation der Malizial-
Kommission, vom 8. Aug. 1808, Reg. Bl. T. 2904. ff. / - betr. 11. Jän. 1816.

136. Ein Verweisungsbefehl der Justiz-Kanzlei - Kommiss. u. der im-
perialischen Kanzlei - betr. / 1. Ein Verweisungsbefehl in der
Kanzlei / In der Justizkanzlei der k. Appellationsgerichte zu. (II. 13.) 2. Ein-
weisung ist der Verweisungsbefehl der malizialen Kommission u. Urtheile,
des Rats der Untersuchungs- über Verurtheile u. Urtheile über Verurtheile; u. das
Kommiss. in der Justizkanzlei, ist nur in so weit zum Untersuchungsgerichte kom-
petent, als nicht der malizialen Verweisungsbefehl, des Rats der Untersuchungs- in
der Justizkanzlei zustand. Litt. Anz. 63, a, §. 4, Note x. §. 5. - II. 11. / 12. Jän. 1816. Note 131. (II. 11.)

122. Ein Requisition an ausländische Consulen, um Auslieferungen bewirkender Ur-
theile, wegen Verbrechen oder Vergehen, betr. 17. Febr. 1816. Jus. Nr. 109.
Nota 105. (II. 412.)

123. Ein Verordnen des General. Procurators über Verbrechen, von Ge-
richtspräsidenten, die nicht zugleich Kriminalgerichte sind, betr. 18. Febr. 1816. Jus.
Nr. 6. 10. 19. 21. 22. S. 1. Nota 49. Jus. Nr. 47, 5^{te} et 6^{te}. (II. 11.)

* II)

124.

* II) 142. Das Verordnen wegen Befehlsweg, hinsichtlich der fittlichen Zust. d. Sa-
 men u. d. Fruchtbarkeit, nach dem Statutu 439 u. 440. §. I. des N. G. L., betr. -
hinsichtlich der fittlichen Zust. d. Saamen, zur Vermeidung der Verurtheilung d. Saamen, -
nach dem Verordnen des Königl. Justizraths, nach dem Statutu d. Saamen u. d. Frucht-
barkeit, betr. 20. Febr. 1816. Jus. Nr. 47, 4. Nota 114. 157. 171. (I. 439.)

143. Ein Gesetz d. d. 18. Febr. 1816. betr. - §. Ein allseitige Befehlsweg d. Saamen
u. d. Fruchtbarkeit, nach dem Statutu 439 u. 440. §. I. des N. G. L., betr. -
hinsichtlich der fittlichen Zust. d. Saamen, zur Vermeidung der Verurtheilung d. Saamen, -
nach dem Verordnen des Königl. Justizraths, nach dem Statutu d. Saamen u. d. Frucht-
barkeit, betr. 20. Febr. 1816. Jus. Nr. 47, 4. Nota 114. 157. 171. (I. 439.)

144. Ein Gesetz d. d. 18. Febr. 1816. betr. - §. Ein allseitige Befehlsweg d. Saamen
u. d. Fruchtbarkeit, nach dem Statutu 439 u. 440. §. I. des N. G. L., betr. -
hinsichtlich der fittlichen Zust. d. Saamen, zur Vermeidung der Verurtheilung d. Saamen, -
nach dem Verordnen des Königl. Justizraths, nach dem Statutu d. Saamen u. d. Frucht-
barkeit, betr. 20. Febr. 1816. Jus. Nr. 47, 4. Nota 114. 157. 171. (I. 439.)

145. Ein Gesetz d. d. 18. Febr. 1816. betr. - §. Ein allseitige Befehlsweg d. Saamen
u. d. Fruchtbarkeit, nach dem Statutu 439 u. 440. §. I. des N. G. L., betr. -
hinsichtlich der fittlichen Zust. d. Saamen, zur Vermeidung der Verurtheilung d. Saamen, -
nach dem Verordnen des Königl. Justizraths, nach dem Statutu d. Saamen u. d. Frucht-
barkeit, betr. 20. Febr. 1816. Jus. Nr. 47, 4. Nota 114. 157. 171. (I. 439.)

146. Ein Gesetz d. d. 18. Febr. 1816. betr. - §. Ein allseitige Befehlsweg d. Saamen
u. d. Fruchtbarkeit, nach dem Statutu 439 u. 440. §. I. des N. G. L., betr. -
hinsichtlich der fittlichen Zust. d. Saamen, zur Vermeidung der Verurtheilung d. Saamen, -
nach dem Verordnen des Königl. Justizraths, nach dem Statutu d. Saamen u. d. Frucht-
barkeit, betr. 20. Febr. 1816. Jus. Nr. 47, 4. Nota 114. 157. 171. (I. 439.)

147.

124. Die Verhältnisse der Konfiskation bei Minderjährigen in Preuss. und
Österreich. Kaiser. - f. die Befugnis der Konfiskation, gegen Erbverträge
 über den Kostengrund, in bestimmten Fällen, wo das Ansehen bethr.
 geht ist, das geeignete Rechtsmittel zu ergreifen: - betr. 16. März 1816.
 Jus. Nr. 127. (II. 360. 367.)

*x) 125. Das Verfahren bei Konfrontationen betr. 22. März 1816. Jus. Nr.
 51, f. 57. Note 115. Jus. Nr. 141. (II. 229.)

*y)

126.

147. Der Art 409. Z. II. des R. G. L. f. die Angehörigen mündlich mittheilenden
Angeklagten, in Bezug auf den Prozessgegenstand betr. - f. a. Wann
 bei einem Prozessgegenstand als *forum delicti commissi* eine Spezial. Stu.
 befugnis gegeben wird, u. der Prozessgegenstand ist, so ist (nach dem
 lit. R. 59.) der Prozess der Kosten zu tragen. b. Derselbe ist auch,
 nach der bekannten Novelle, der Fall, mündlich der Spezial. Stu.
 befugnis bei Prozessgegenständen, bis der Täter bekannt wird, u.
 über den Kostengrund an sich aufheben werden kann. c. Wann aber
 einem Prozessgegenstand, das *forum delicti commissi*, nach *deprehenso-*
nis ist, eine Minderbefugnis von der vorgeschriebenen Stelle ausgenommen wird,
 so liegt es, im Falle des II. 409, in der Natur der Sache, u. dem lautlichen
 Sinn der Gesetzgebung, dass der Angeklagte des deliktischen Prozesses die nöthigen
 Kosten zur Prozessführung, u. diese nach erfolgter Minderbefugnis dem An-
 geklagten als konstanten Prozessen vorzuzuzahlen in der Prozessführung zu
 bringen hat, - wenn nicht wegen besonderer Verhältnisse, z. L. mündlicher
 Befugnis, oder Verzögerung, eine Ausnahme eintritt: - 12. März
 1816. Jus. Nr. 59. 113. (II. 409.)

*x) 148. Die Rechtsmittel wider Liminal. Erbverträge bei Preuss. Erbverträgen
 betr. - f. I. Recht der Konfiskation, bei Preuss. Erbverträgen (I. 299 - 366), die
 Revision wider das Erbvertragsgericht erster Instanz einzubringen, - u. der
 Befugnis der Befugnis der Konfiskation der Liminal. Erbverträge zum
 Einbringen der Revision, auf Privat. Erbverträgen. II. Mitteilung
 des Urteils 1^{te} Instanz, nach der Minderbefugnis. Acten, an der Kon-
 fiskation. III. Termin zur Erklärung über die Einbringung der Revi-
 sion. IV. Termin zur Aufhebung der selben. V. Fortsetzung des
 Urteils 1^{te} Instanz an der Angeklagten. - Prozess. Prozess-
 linge an diesen von der Revision des Konfiskations, u. d. d. d. d.
 der Befugnis. VI. Mitteilung der Erbverträge erster Instanz
 über Preuss. Erbverträge an der Konfiskation. - 19. März 1816. Reg.
 Bl. Nr. 129 - 131. Jus. Nr. 50. (II. 367 - 371.)

*y) 149. Die Preuss. Erbverträge wider den Erbvertrag betr. - f. I. Vom einbringen des
 Preuss. Erbvertrags. Art. I. b. Befugnis der Erbverträge. Art. II.
 f. Preuss. Erbverträge Erbverträge: 1. als Erbverträge. Art. III. 2.
 als Erbverträge. Art. IV. 3. als Erbverträge. Erbverträge. Art. V. II. Vom
 einbringen des Erbvertrags. a. Befugnis. Art. VI. b. Preuss. Erb-
 verträge.

120. Von Revisionen der mit Einführung des Preussenscheins verhängenen Straf-
kassate gegen ausgesetzte Einbrecher - f. in Einführung auf die Verord-
nung v. 25. März 1810, Preussenscheine wider den Einbruch, Nota 149. f. - betr. 2.
April 1810. Nota 169. (Einb. V. XII, §. 2.)

*2) 127. Von Verurteilungen der Kronfiskale bei Untersuchungen in Preuss. u. Sächsl.
u. v. Kaiser - f. von dem der Verordnung v. 10. März 1810, rückf. auf die Ver-
fügung der Kronfiskale, gegen Falschmünzer über den Kestengeld, in bestim-
ten Fällen, wo das Ansehen befürwortet ist, das geeignete Rechtsmittel zu ver-
gütigen, Jus. Nr. 124. f. - betr. 17. April 1810. (II. 360. 367.)

128. Von Artikel XI. der Verordnung vom 25. März 1810, über die Preussenscheine
der den Einbruch, - f. die Pflichten der - betr. 17. April 1810. Nota 153. (Einb.
V. XI.)

129.

ausgesetzten Einbrecher. Art. VII. C/ Vom Mithelbrecher. Art. VIII. Jus. Nr. 120.
d/ Vom Falschmünzer bei (ausgesetzten) Einbrechern. Art. IX. III. Allgemei-
ne Bestimmungen: 1. Von wiesensollen Einbrechern. Art. X. 2. Von der Pflichten der
Art. XI. 3. Wann gegen den Einbruch nicht vom Amtswegen zu verfahren ist?
Art. XII, §. 1. 4. Aufhebung der Art. 214-221. 223-228. 349. u. 379-381. f. I. der
H. G. L. p. Art. XII, §. 2. f. - 25. März 1810. Reg. Bl. N. 145-152. (I. 214. p.)

150. Von Gesandtschaft über die Preussenscheine - f. die Abfertigung besonderer Einsen
bei dem k. Ober-Appell. Gericht, zur Däumling der Ausfalligen Matrimonien, u.
die Falschmünzstellung derselben in einer Hauptübersicht - f. - betr. 29. März 1810. Nota 141. 152.

*2) 151. Das Versehen der Polizei-Exzellenz bei zufälligen Preussfällen betr. 10. April
1810. Von. Kr. Just. Bl. N. 353.-355. u. Jus. Nr. 142. (II. 29.)

152. Von Däumling der Matrimonien zu dem Gesandtschaft über die Preussenschei-
ne - f. u. die zu diesem Zweck bei dem k. Appell. Gericht anzulegenenden
Einsen, - dann die Fertigung dergleichen Journaltabellen und Einsen - f. - betr.
12. April 1810. Nota 150.

153. Von rüftigen Anwendung des Art. XI. der Verordnung vom 25. März 1810, rück-
f. auf die Pflichten der - f. u. die zu diesem Zweck bei dem k. Appell. Gericht anzulegenenden
Einsen, - dann die Fertigung dergleichen Journaltabellen und Einsen - f. - betr.
12. April 1810. Nota 150.

129. Ein Senatsurtheil der Justizkammer, über ein von demselben anbelegtes Aufse-
hen der Amtsenneisten über das im Jahre 1813 vertheilte Hausgesetz-
buch, betr. 22. April 1816. Jus. Nr. 12. 39. Note 113. (II. 10, §. 2.)

* a)

130. Ein Revision der Kreis-Justizkammer wider angezweifelte Urtheile - s. ind.
besonders, a. ein Urtheil von einigen Tagen oder Wochen bez. auf gewisse
gen. Strafsachen (I. 109, §. 1. Jus. Nr. 36. 150, a.), - u. b. ein angezweifelter
Urtheil eines Kinsten, s. - Urth. d. V. VI. Nr. 23. Note 158 - betr. 4. März 1816. (I. 109, §. 1.)

131. Ein Aufhebung der Revision der Kreis-Justizkammer wider angezweifelte
Urtheile, 1. auf Unterstellung, - u. 2. auf Entzweiflung, ein mit Einb.
sachl

* a) 134. Militär. Artikel. Convention mit Für. Carl von betr. - s. Nachtrag gegen ein-
jüngern, welche einen Exerzierplatz annehmen z. g. oder von ihm Militär.
Exerzierplatz, s. Art. 5. - Vorsetzen gegen einen Exerzierplatz, wenn
er in dem Lande wohnen, ist gestattet, nur Vorsetzen beytragen
soll. Art. 13. - Nachtrag gegen einjüngern, welche ferner militärpflichtig
in. nachherige Unterstellung bez. auf Vorsetzen, z. g. Art. 15. - d. d.
Artikel d. 6. Jül. 1815, ratifiziert d. 27. April 1816. Reg. Bl. N. 359 - 349.
Note 116. 100. (II. 32.)

135. Ein Revision der Kreis-Justizkammer gegen angezweifelte Urtheile, in
Sachung auf Art. 12. V. I. des N. G. L., betr. - s. hinsichtlich der An-
sagen: ob bez. der Eins gegenwärtigen Revision gemeldeten Nach-
trag, der Art. 12. V. I. des N. G. L., wegen weiterer Eingeklagung
nach Ablauf von drei Monaten, bez. jedoch gabestanden Strafsch.
art, Anwendung finden, wesshalb Man, da, 3 nach dem fünften Einem
Revision, der fünfte abgemessenen Vorsetzen der Westfäl. der
mildem Strafsch. pflichtig zu machen, die Anwendung des be-
stehen Artikels 12. können zweifel unterliegen. " s. - 29. April 1816,
gemäß. 14. Jül. d. J. Jus. Nr. 103. (I. 12. Urth. d. V. XII, §. 2.)

136. Ein wegen angezweifelter Urtheile vorgerichteter J. Klamm z. -
s. dann die Eingeklagung der Eingeklagung. Antworten für Ein-
nigen, die nach der Vorrechnung wider den Urth. d. 25. März
1816, vorgericht. werden s. - betr. s. eine Nachrechnung im Jahr
Anzeigen, dass wohl nicht mehr, ein vorgericht, auf einen Punkt des
Nachrechnens, sondern lediglich auf den Artikel 96. V. I. des N. G. L.,
in seiner Reinsart, wegen Unvollständigkeit der gesetzlichen
Nachsicht mit der eigentlichen Nachrechnung des besondern Fäl-
les, begründet werden. Ein Urth. d. V. VI. Nr. 23. Note 158 - betr. 4. März 1816.
von und der Nachsicht zugest, kann allein der Eingeklagung. Antwort
nicht nachstehen, dann einen Punkt bez. geben, besonders aber bez.
der kriminellen Nachsicht von. " s. 30. April 1816. Jus. Nr. 90. (I. 96.
Urth. d. V. überf.)

Jus. Nr. 86. 139. 143. 144, §. 1. (Sindst. V. V. X.)

*c)

136. Die auf zweierlei Art gesetzten vorübergehenden Prüflinge - / nämlich
den Entlassenen der Schulen auf gewöhnlicher Prüfungszeit, bis zur Reifezeit.
Sind nicht zulässig zum Examen: / - betr. 20. März 1816. Jus. Nr. 15. 67.

154. Note 180, a. (II. 401.)

*d)

137. Die Resultate der Aussagen der Gesellschaft. Zulassung bez. der Unter-
weisung, in der Vorlesungszeit, binnen des I. Semesters 1816, - / der in die-
se Menge in der Vorlesungszeit der Unterrichts: a. in der
Wissenschaftlichkeit über innerliche Hebammenskunde - II. 111. 112; b. in
der äußeren Hebammenskunde. In der Vorlesungszeit - II. 110, §. 2. 111; c. Menge an Vor-
weisung der Schülerinnen zu der Vorlesungszeit u. Vorlesung - II. 112;
d. Misbräuchlichkeit des II. 268, über die Verwaltung des Hebammens
in delictis minoribus; - in e. Vorlesungszeit der zweierlei Art der
Prüfung des II. 111. / - betr. 31. März 1816. Jus. Nr. 149. (II. 111.)

*e)

138.

- *c) 160. Die der Eingekerkerten u. Verurteilten. Gesetze bez. der
der vollstündigen Abfertigung der vorübergehenden Vorlesungs-
zeit, betr. 19. März 1816. Reg. Bd. V. 323.

- *d) 161. Die der Eingekerkerten u. Verurteilten. Gesetze bez. der
der vollstündigen Abfertigung der vorübergehenden Vorlesungs-
zeit, betr. 19. März 1816. Reg. Bd. V. 323.

162. Die der Eingekerkerten u. Verurteilten. Gesetze bez. der
der vollstündigen Abfertigung der vorübergehenden Vorlesungs-
zeit, betr. 19. März 1816. Reg. Bd. V. 323.

- *e) 163. Die der Eingekerkerten u. Verurteilten. Gesetze bez. der
der vollstündigen Abfertigung der vorübergehenden Vorlesungs-
zeit, betr. 19. März 1816. Reg. Bd. V. 323.

138. Ein Abschreibung der zur Festungsbesetzung vorräthigen Anwesenheiten
/ u. Ein Bericht für ihre Verpflegung, - dann das entsprechende Verzeich-
niss mit den einschlägigen Militärs. Befehlen / - betr. 10. Jun. 1816.
Jus. Nr. 83. (I. 19. 27.)

139. Ein Entwurf der Rückfalls. Befehle nach der Verordnung v. 25.
März d. J. d. J. d. J., betr. 11. Jun. 1816. Jus. Nr. 135. (Verf. H. X. XL. S. 2.)

140. Ein Entwurf, ob gebrauchte Handwörter statt eines Verzeichnisses. Falsch,
nach dem R. G. L., als Verordnungen oder Verfügungen anzusehen sind, oder
nicht, - zu I. 271. des R. G. L. - betr. 11. Jun. 1816. (I. 271.)

*f)
141. Konventionen mit Angehörigen - / zu II. 219. des R. G. L. / - betr.
25. Jun. 1816. Nota 115. (II. 219.)

142. Das Verfahren der Polizei. Befehle bei zweifelshaften Verhältnissen,
betr. / a. Ein Verfahren, zur Verhütung der Konvention. Konflikte zwischen
den Justiz. u. Polizei. Stellen, in Verfassungen, an sämtlichen General. Räte.
Konventionen oder deren Fortsetzung vom 10. April 1816. (Nota 151.) b. R.
seit v. 31. März 1814, ein Entwurf der Verordnungen d. Justiz. als Poli-
zei. Abhandlungen betr. Nota 128. 149, Art. V. 180. / - 2. Jul. 1816. Nota 120. (II. 29.)

*g) 143.

*f) 164. Das Verfahren der Verfassungen / zu I. 454. II. 51, S. 2. 57. / betr. 11. Jun. 1816.
Reg. Bl. T. 389-390. Nota 64. 87. (II. 51, S. 2.)

165. Ein Konvention an ausländische Beförden, um Abschiedung eines bein-
zigen Oberstleutnants wegen Verordnungen oder Verfügungen, betr. / a. Das R. R.
seit v. 17. Febr. d. J. (Verf. H. 122), enthält zwar eine Anweisung, dass für
solche Angelegenheiten Konventionen an das R. gesandt werden. Ministerium ein-
zubringen; minnen wird aber verweigert: "dass ein Verordnungen d. Justiz. Angelegen-
heiten der Konvention von den einschlägigen Beförden entgegen zu sein, in zu-
kunft unterlassen werden solle." / - 18. Jun. 1816. Jus. Nr. 122. (II. 412.)

*g) 166. Württembergische Verordnungen - / das Verfahren gegen dieselben, wenn sie in
einigen Verordnungen oder Verfügungen fallen / - betr. / a. Wenn ein
königl. Württembergischer Beförden, in den einschlägigen königl. Verordnungen
für ein Verordnungen oder Verfügungen zu Beförden können, soll dasselbe
von den betheiligten Civil. Beförden, nach den einschlägigen Gesetzen ab-
gefasst, und erst nach vorgeschriebener Weise, als Verordnungen, in Folge der
mit Württemberg bestehenden Militär. Convention, an die nicht
gehörenden königl. Württembergischen Beförden eingeschickt werden. / 5.
Jul. 1816. Ver. R. J. T. Bl. T. 601. Nota 110. 146. 154. (II. 32.)

150. Ein Konklusionen sind sehr oft durch Verwechslung mit Aussagen sehr
schwierig. Beobachtungen - f. a. Ein Unvollständigkeit der unvollständigen
Komposition der Aussagen bei einer solchen Konklusion, - I. 109, §. 1. Inf. Nr. 36. 130;
 a; - b. Ein Unvollständigkeit der Konklusionen durch Verwechslung
bei den II^{ten} u. III^{ten} Unvollständigkeiten, - II. 349, Nr. II, III. f. - betr. 3. Stk. 1816. (I. 109, §. 1.)

*b)

151. Von Mißbrauch der Amtsgewalt - / in der Lehrmeinung zum ersten
Band der Wissenschaften gegen die Einigkeit Vermittlung, - I. 96. 315. 411.
 Plots 125. / - betr. 22. Okt. 1816. (I. 357. 449.)

* m)

152.

nicht in Aufhängungen, denn die Falschungen der Kunstsammler-
in Livl. u. Kurland's. Gengensammler: - Satz. 10. Sept. 1816. Ruz. Sl.
N. 579-584. (II. 344. 345.)

173. Ein Familienbuch der Kurfürstlichen p. von der Administration der
Kurf. Anstalten, betr. d. J. 1816. Kay. Bl. N. 635-636. Nota 81.

174. Ein fürzig. Vorlesung in den akademischen Kellereien Gabrielstrasse, betr.
1. d. Ein beinrichtete Civil. Jurist. Erläuterung, in der man
bes. unter den sinnlichen existierenden Vorlesungen u. Erläuterungen
Kapiteln, von den selbst eingeleitet, u. davon mit dem 1. Jänner
1817 in gesetzliche Kraft. b. Neben ein Gesetzgebung des
Einzelnen wird besonders Erläuterung anzufragen. Inf. Nr. 120.
Wotr 143. 177, b. I. 218, S. 2. /- 1. St. 1816. Inf. Nr. 63. 92. Wotr 177.
(Kst.).

175. Ein Distanzylaisar in einem sonnigen Saal. Gewerbelante, betr. 2. St.
1816. Roy. Lib. N. 683-686. Hets 179.

- * l) 176. Faz. u. Pontal. Ablösungen für Exekutionen nach Lefmann, betr. - f. An-
tragsung. Kosten u. Kont. Auslagen werden von der K. K. veranlagt.
 von Finanz. Kostentram, u. der Kostentram, nicht von Finanz. veran-
 lagt, sondern einvalben haben dasfalls bloß ein zahlbare Anweisung
 durch die Königl. bezeugten Kriminal. Einvalben zuweisen; welche An-
 weisung auf ungenügend für jeden einzelnen Fall veranlagt, wenn
 der Fall. Hiernach haben die Amtsanwalter der Kostentram nicht
 mehr zu leisten, für die betragsamen Ausgaben nach Lefmann, Faz.
 u. Pontalgrößen abzulegen. - 14. Okt. 1816.

- * m) 177. Ein Einflussung der bairischen Civil. Gesetz. Ordnung, u. das unten
Verfassungsbuch, mit den finanziellen Verordnungen u. der
Leitungsbuch. Rastatt, in den ersten Nummern der Verordnungen der
Landesregierung, München, Ammersee, Landes u. Alzmann, beten - p. a. St.
fung der gesetzlichen Kraft der gesetzlichen u. Verordnungen:
1. Januar 1817. V. Ober der Landesregierung des Wittelsbacher Reichs an den Landes

152. Ein wegen Einbuchsle unzulässig prozessirter d. Minderungen p. - p. dann Entscheidung über den Sinn des Art. 399, Nr. 2. Y. II. des N. G. L., hinsichtlich der Minderungsbeschlüsse der Untersuchung zum Hauptsaal des Verurtheilten; - in der Entscheidungsformel in einem bestimmten Falle der Minderungsbeschlüsse der Untersuchung, - betr. 8. Nov. 1816. Jus. Nr. 42, b. 52. 101. Nota 120, III. (II. 399, Nr. 2.)
153. Ein unrichtige Annahme der Vorschrift des Artikels 31. Y. I. des Prozessgesetzbuchs; hinsichtlich der Annahme der Spezialgesetzgebung bei ausländischen Regenten, Schlüssen u. anderen fremden Gesandten; betr. 8. Nov. 1816. Nota 179. (I. 31.)
154. Ein Entscheidung der zur Befreiung des Publikums, bis zur Entscheidung über offiziell Forderungen, bestimmten Jurisdictionen aus dem Prozessbuche, hinsichtlich, betr. 9. Nov. 1816. Jus. Nr. 15. 67. 136. Nota 180, a. (II. 401.)
155. Ein Frage betreffend: ob die im Artikel vom 25. März dieses Jahres, Art. III u. IV, bestimmte Strafe des Einbuchsle unter verschiedenen Umständen, den, im Gesetz nicht bestimmten verschiedenen Umständen unterschieden. 26. Nov. 1816. Nota 149. (Einb. V. III. IV.)
156. Ein Frage betreffend: unter welchen Voraussetzungen, Einse, als Kriminalkriminal, im Sinn des Artikels 206. Y. I. des Prozessgesetzbuchs, Einse, be-
trifft.

Sondere Entscheidung anzufragen. Nota 174, b. I. 218, S. 2. - 22. Okt. 1816. Nota 174. (Krit.)

178. Ein Entscheidung der Jurisdictionen in der Untersuchung, Prozessen, - in der Entscheidung der Spezialgesetze auf die Leitung derselben, betr. d. Spezialgesetz auf die Entscheidung des h. Ober. Appellationsgerichts v. 7. Sept. 1812, die Prozessen im Laufe der Untersuchung, Prozessen betr.; dann auf die allgemeine Verordnung v. 10. Sept. 1816, Rny. Ld. D. 579-584. (Nota 172). Nach jenen Entscheidung v. 7. Sept. 1812, ist der Prozess des Spezialgerichts nur dem gesetzl., über die von ihm zu bestimmenden Kriminal. Prozessen, in der Prozess des Spezialgerichts, Prozessen, mündlich oder schriftlich zu provozieren, wenn es auf die Vorweisung eines gerichtlichen oder gerichtlichen Verfandes aufliegt; weshalb der Prozess nicht dem Spezialgericht, oder, wenn mündlich provozieren werden, ein Protokoll betreffend hinaus, zu den Acten gebunden werden muß. In allen übrigen Fällen, sind die Prozessen zu untersuchen, u. der Jurisdiction ist die ihm über antrag Untersuchung nach seinen Grundsätzen fortzuführen. p. - 30. Okt. 1816.

Verpflichtung von den Künsten. 26. Nov. 1816. (I. 266.)

* n)

* n) 179. Allgemeine Verordnung, die Sattler u. Leinwandmacher betref. 28. Nov. 1816. Reg. Bl. N. 859-886. Not. 63. 128. 146. 175. Inf. N. 153. Not. 180.

180. Allgemeine Verordnung, die Zwangs- Arbeitssünden betref. - In der Zwangs- Arbeitssünden werden auch, in bestimmten Fällen, mitangebracht. A. Personen, welche, nach dem Strafges. Buche, u. in Folge gerichtlicher Erkenntnisse u. Urtheile, den Zwangs- Arbeitssünden unterworfen werden, - Art. 2. II. 378. 390-394. Inf. N. 67. 136. 154; - u. B. Personen, die wegen Verurtheilung zum Gefängnis- Strafe verurtheilt sind. Art. 3. I. 27. 28, §. 2. Inf. N. 115. 117. Not. 132. - 28. Nov. 1816. Reg. Bl. N. 886-898. Not. 179. (II. 378.)

181. Ein Uebung der Kunstfertigkeit, nach dem 1. Januar 1817, in der eine Amtmann, Militärbau, Anwenbung, Handlung u. Algenen, betref. - In der vorgestellten Angelegenheit wird beschlossen: p. p. zu VII. ist demnach zu fassen, daß zum Handwerkslehremeister ersten Ranges das Logische des k. Appell. Gerichts zu Verfassungsbau, welche nach dem Handwerks- Richten nicht mit einem Meister u. einem Lehrling versehen sind, keine Unterweisungen im Handwerkslehre Lehren mehr vernehmen, sondern nur informativ, protokollieren dürfen, u. an das Kreisgericht einsenden. Zu VIII. Auf die Handwerkslehre Unterweisungen das Logische des unmittelbaren Amtes Algenen, welche am 10. des vorigen Monats zu einem Leinwandmeister dritten Ranges verurtheilt wurden, ist das Kreisgericht Verfassungsbau zu fassen. - 3. September 1816. Not. 136. 177. (II. 11.)

Sammlung der wichtigsten k. Rescripte in Beziehung auf das Strafgesetzbuch
für das Königreich Baiern

Bd.: 2. (1817 - 1819)

[München] 1819

2 Bavar. 760 h-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10317191-7